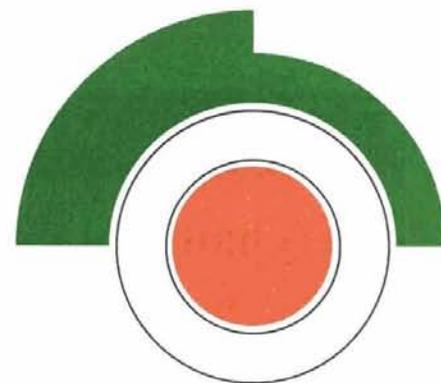


Nordrhein-Westfalen Landtag intern 4



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 32. Jahrgang, 13. Wahlperiode, 20.2.2001

WORT UND WIDERWORT

Können die Kohlesubventionen absehbar auf Null gefahren werden?

Trotz enormer Anpassungsleistungen bleibe für die SPD die Steinkohle eine verlässliche Konstante im Energie-Mix, auf die aus wirtschaftlichen und energiepolitischen Gründen nicht verzichtet werden könne. Die Subventionen für die Steinkohle würden deutlich reduziert. Aber sie dürften aus energie-, struktur- und sozialpolitischen Gründen nur in verantwortbarem Maße und mit Augenmaß reduziert werden. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Werner Bischoff**. Der CDU-Abgeordnete **Christian Weisbrich** betont, scheiterten die Gespräche mit der EU, werde es schon bald keinen Steinkohlenbergbau in Deutschland mehr geben. Wenn sie in begrenztem Rahmen erfolgreich seien, dann werde zwischen EU, Bund und Ländern die Frage zu klären sein, wer welche Lasten auf Dauer zu tragen habe. Der FDP-Abgeordnete **Dr. Gerhard Papke** bekräftigt, es gebe keinen ernsthaften wirtschaftlichen Grund für die Fortsetzung der Steinkohleförderung in Deutschland. Darum sollten die Subventionen 2005 auslaufen. Jahr für Jahr werde fast die Hälfte des NRW-Wirtschaftshaushalts für Steinkohlensubventionen aufgewendet. Der GRÜNE-Abgeordnete **Reiner Priggen** unterstreicht, man halte eine dauerhafte Subventionierung der Steinkohle für falsch. Der sozial verträgliche Anpassungsprozess müsse nach 2005 weitergehen und dann in absehbarer Zeit zu einem Ende der Subventionen für den Bergbau führen. Die dauerhafte Subventionierung der Kohleförderung in NRW würde weder Öl noch Gas substituieren. (Seite 2)

Rund 400 Kurse vor allem für Kinder von Migranten Sprache als Schlüsselqualifikation

Die Beherrschung der deutschen Sprache sei die entscheidende Schlüsselqualifikation. Daher hätten die Koalitionsfraktionen vereinbart, dass mit dem Ende des ersten Schuljahres möglichst alle Kinder die deutsche Sprache als Arbeitssprache beherrschen sollten.

Darauf verwies Schulministerin Gabriele Behler (SPD) in ihrer Antwort auf eine Mündliche Anfrage des FDP-Abgeordneten Ralf Witzel, der darauf hingewiesen hatte, es sei eine große Verunsicherung bei Schülern, Eltern und Lehrern in der fortwährenden Diskussion über verpflichtende Sprachkurse aufgetreten. Frau Behler betonte, man habe sich ein ehrgeiziges Ziel gesetzt. Um dieses Ziel zu erreichen, müsse man so früh wie möglich mit der Förderung auch der deutschen Sprachkenntnisse für Migrantenkinder beginnen. Sie teilte mit, 81 Prozent der Migrantenkinder in NRW besuchten Kindergärten. Auch hier werde erhebliche Integrationsarbeit geleistet.

Zu denen im Nachtragshaushalt von der Landesregierung bereitgestellten 1,4 Millionen Mark, mit denen rund 400 Sprachkurse für Kinder vor der Einschulung ein-

gerichtet werden sollen, sagte die Ministerin, es handele sich um einen wichtigen Schritt auf dem Weg, allen Kindern einen erfolgreichen Schulstart zu ermöglichen. Die Mittel seien kurz nach Einrichtung dieser Kurse schon nahezu komplett gebucht.



Vor der Hacke ist's duster

Zeichnung: Klaus Pielert (WAZ)

Die Woche im Landtag

Kinderrechte

SPD und GRÜNE wollen die Verfassung um Kinderrechte erweitern. Neben Zustimmung gab es dazu im Plenum auch Einwände. (Seite 4)

Bundesbank

Der Landtag hat sich einstimmig dafür ausgesprochen, dass das föderale System der Bundesbank erhalten bleibt. (Seite 6)

Abitur

Viel Zustimmung bei Experten hat der Bildungsgang Abitur in zwölf Jahren gefunden. (Seite 7)

Schienennetz

Um die Verantwortung des Bundes für das Schienennetz der Bahn ging es im Verkehrsausschuss. (Seite 9)

Sachverstand

Zu fachpolitischen Themen und Gesetzesänderungen hören acht Ausschüsse in den nächsten Monaten Sachverständigen an. (Seite 10)

Aufbau Ost

Die Sachverständigenkommission zum Aufbau Ost, im Februar 2000 vom Landtag berufen, hat ihren Abschlussbericht vorgelegt. (Seite 12)

WORT UND WIDERWORT

Bergbau braucht gesicherte Auskünfte über seine Zukunft

Von
Werner Bischoff

Deutsche Steinkohle wird unter schwierigen geologischen Bedingungen gefördert. Deshalb werden ihre Entstehungskosten immer höher sein als die von Importkohle aus überseeischen Tagebauen in Nordamerika, Australien, Südafrika, Venezuela oder Indonesien. Wer die Kohlesubventionen auf Null fahren will, der fordert das Ende des heimischen Steinkohlenbergbaus und den Verzicht auf die, neben der Braunkohle, einzige nennenswerte heimische Energiereserve. Verbunden damit ist der Verzicht auf deutsche Bergbautechnik, die inzwischen ein weltweiter Exportschlager ist. Die Haltung der SPD ist eindeutig: Mit uns gibt es keinen Ausstieg aus der Steinkohle.

Fakt ist allerdings, dass der deutsche Steinkohlenbergbau sich weiterhin in einer schwierigen Anpassungsphase befindet. Die Förderkosten sind in den letzten

SPD: Auf heimische Steinkohle kann nicht verzichtet werden

sechs Jahren schon um 15 Prozent gesunken. Ende 2000 werden die Kosten um 20 Prozent reduziert sein, und in 2005 wird aller Voraussicht nach eine Senkung um 30 Prozent erreicht sein. Der Bergbau wird nur in der Lage sein, dieses Ziel zu erreichen, wenn ihm der notwendige Zeitraum für die Anpassung gewährt wird.

Der Steinkohlenbergbau wird in 2005 die mit dem Kohlekompromiss von 1997 vereinbarte Reduzierung der Förderleistung nicht nur erreicht haben, sondern deutlich unterschreiten. Statt der vereinbarten 30 Millionen Tonnen Förderung werden 2005 nur noch 26 Millionen Tonnen Steinkohle gefördert. Damit einher geht ein Arbeitsplatzabbau von 80 000 in 1997 auf 36 000 in 2005. Die Höhe der Subventionen wird bis 2005 von derzeit 10,4 Milliarden auf 5,5 Milliarden Mark sinken.

Trotz dieser enormen Anpassungsleistungen bleibt für uns die Steinkohle eine verlässliche Konstante im Energiemix, auf die aus wirtschaftlichen und energiepolitischen Gründen nicht verzichtet werden kann. Die Subventionen für die Steinkohle werden deutlich reduziert. Aber sie dürfen aus energie-, struktur- und sozialpolitischen Gründen nur in verantwortbarem Maße und mit Augenmaß reduziert werden.

Von
Christian Weisbrich

Die betriebswirtschaftliche Antwort hat der ehemalige SPD-Minister und heutige RAG-Chef Starzacher im Oktober vorigen Jahres öffentlich und eindeutig gegeben: „Würden keine öffentlichen Beihilfen mehr gewährt, könnte die RAG als Unternehmen diesen Ausfall nicht ersetzen. Dann wäre der Steinkohlenbergbau in Deutschland am Ende.“ Bei einem Weltmarktpreis für Steinkohle von rund 80 DM/t und deutschen Förderkosten von rund 280 DM/t ist dem nichts hinzuzufügen. Die politische Antwort ist komplexer: Im Frühjahr 1997 hat der heutige Ministerpräsident Clement — im Kampf um die Kohlevereinbarung — der Regierung Kohl in flammender Rede eine stufenweise abgesenkte Förderung von 30 Mio. Tonnen im Jahr 2005 als nicht ausreichend bezeichnet für einen dauerhaft „lebens- und leistungsfähigen Bergbau“.

Jetzt, da die politische Verantwortung im Bund gewechselt hat, teilt der gleiche Ministerpräsident Clement dem Landtag und der stau-

CDU: Kein Bergbau ohne Subventionen

nenden Öffentlichkeit eher beiläufig mit, dass die nationale Steinkohlenförderung bis 2005 auf 26 Mio. Tonnen reduziert werden soll und danach auf maximal 20 Mio. Tonnen. D.h. von den 85 000 Arbeitsplätzen des Jahres 1997 werden im Bergbau weniger als 30 000 das Jahr 2005 überdauern. Verbunden damit ist ein Rückgang der Subventionen von jährlich 10 Mrd. Mark auf 5,3 Mrd. Mark im Jahr 2005 und danach auf 4 Mrd. Mark oder weniger. Jede gestrichene Subventionsmilliarde bedeutet den Verlust von weiteren 6 000 bis 7 000 Arbeitsplätzen oder zwei Zechen im Ruhrgebiet.

Wenn Land und Bund vor dem Hintergrund der dramatisch sinkenden Zahl der Bergbaubeschäftigten überhaupt noch einen Kohle-Sockel wollen, dann ist es kaum verständlich, warum mit der EU nicht längst eine Anschlussregelung für den 2002 auslaufenden EGKS-Vertrag vereinbart wurde, wie es im Kohlekompromiss von 1997 vorgesehen war. Bei einer Auslandsabhängigkeit von bald 70 Prozent wären die nationale Versorgungssicherheit sowie der Energiemix künftiger Generationen gute Verhandlungsstichworte. Scheitern die Gespräche mit der EU, wird es schon bald keinen Steinkohlenbergbau in Deutschland mehr geben. Sind sie in begrenztem Rahmen erfolgreich, dann wird zwischen EU, Bund und Ländern die Frage zu klären sein, wer welche Lasten auf Dauer trägt. Fest steht bis jetzt nur eines: Menschen und Unternehmen brauchen so rasch wie möglich Planungssicherheit.

Von
Dr. Gerhard Papke

Es gibt keinen ernsthaften wirtschaftlichen Grund für die Fortsetzung der Steinkohlenförderung in Deutschland. Darum sollten die Subventionen 2005 auslaufen. In jedem Jahr fließen Milliardenbeträge in die Steinkohle: 2000 waren es mehr als acht Milliarden Mark. Jahr für Jahr wird fast die Hälfte des nordrhein-westfälischen Wirtschaftshaushalts für Steinkohlensubventionen aufgewendet. Das ist volkswirtschaftlicher Unsinn. Die RAG selbst orientiert sich längst auf neue Märkte und importiert in diesem Jahr mehr Steinkohle als in Deutschland gefördert wird. Das Geld, das an Subventionen eingespart wird, muss zeitlich befristet als Anpassungshilfe in den Bergbauregionen investiert werden. Investitionen in die Bildung und natürlich in die Verkehrsinfrastruktur gehören dazu. Ebenso werden mehr Mittel für die Ansiedlung und Förderung wettbewerbsfähiger mittelständischer Unternehmen benötigt.

Die deutsche Steinkohle ist wegen ihrer ungünstigen geologischen Bedingungen seit vielen Jahren im

FDP: Steinkohlenbergbau 2005 beenden

Energiemarkt nicht wettbewerbsfähig. Die Probleme des deutschen Steinkohlenbergbaus beruhen letztlich auf dem immensen Preisabstand zwischen der Importkohle — einschließlich der Transportkosten — und der Inlandskohle. Bei dem heutigen Preis von rund 88 gegenüber 280 Mark pro Tonne können also für eine Tonne heimischer Steinkohle drei bis vier Tonnen Importkohle beschafft werden.

Die Zahl der Beschäftigten im Steinkohlenbergbau ist ständig und schneller zurückgegangen als die Steinkohlensubventionen. Nach etwa 66 500 Beschäftigten am Jahresende 1999 rechnet man mit einem Beschäftigungsstand von unter 50 000 in diesem Jahr. Im Jahr 2005 sollen es nur noch 36 000 Beschäftigte sein. Dabei handelt es sich um gut ausgebildete Arbeitnehmer, die zur Hälfte zwischen 30 bis 39 Jahre alt sind.

Diese gut ausgebildeten Bergleute verdienen eine realistische Zukunftsperspektive statt der illusionären Versprechungen von einem auch langfristig lebensfähigen deutschen Steinkohlenbergbau. Man muss ihnen helfen, in zukunftsträchtigen Branchen Arbeit zu finden. Allein im nordrhein-westfälischen Handwerk wächst die Facharbeiterlücke. Warum soll man diese Chance nicht nutzen, um freiwerdende Bergleute für das Handwerk umzuschulen und zu qualifizieren? Die gut ausgebildeten Bergleute haben gute Aussichten auf andere Jobs. Allein im NRW-Handwerk fehlen derzeit 15 000 Fachkräfte.

Von
Reiner Priggen

Mit dem Kohlekompromiss von 1997 ist von der CDU/CSU/FDP-Bundesregierung mit Unterstützung von SPD und GRÜNEN vereinbart worden, die Kohlesubventionen von rund 9 Milliarden Mark je Jahr bis 2005 auf jährlich rund 5 Milliarden Mark abzubauen. Dann wird es in NRW noch rund 30 000 Beschäftigte in der Steinkohle geben. Niemand, der sozialpolitisch verantwortlich handelt, will und kann diese Arbeitnehmer im Jahre 2005 auf einen Schlag entlassen wollen. Deswegen muss es einen weiteren, durch Subventionen unterstützten Abbau der Beschäftigtenzahlen in der Steinkohle nach diesem Termin geben. Entscheidend für die Jahre nach 2005 ist, ob es tatsächlich zu einem auf Dauer subventionierten nationalen Energiesockel kommt. Die SPD fordert ihn für rund 10 Prozent des nationalen Primärenergieverbrauchs, die CDU sogar für 15 Prozent.

Wir GRÜNEN halten eine dauerhafte Subventionierung der Steinkohle für

GRÜNE: In absehbarer Zeit ein Ende der Subventionen

falsch. Der sozial verträgliche Anpassungsprozess muss nach 2005 weitergehen und dann in absehbarer Zeit zu einem Ende der Subventionen für den Bergbau führen.

Das Ziel, die hohe Abhängigkeit von Importen bei Erdöl und Gas zu reduzieren, deckt sich mit dem grünen Ziel, Energie zu sparen. Die dauerhafte Subventionierung der Kohleförderung in NRW würde aber weder Öl noch Gas substituieren. Wesentlich preiswerter und mit höheren Beschäftigungseffekten verbunden wäre es aber, statt 4 Milliarden Mark je Jahr in heimische Kohleförderung zu stecken, diese 4 Milliarden Mark in die energetische Sanierung der alten Gebäudebestände, in die breite Anwendung der Brennstoffzelle in der Raumheizung, in neue Energieeffizienztechnologien zu stecken. Damit würden wir in erheblichem Umfang die Importe an Öl und Gas reduzieren können und gleichzeitig einen Technologieschub entwickeln.

Angesichts der Tatsache, dass deutsche Unternehmen weltweit Steinkohlentagebaue kaufen, Kohle importieren und damit einen richtigen Beitrag zur Stärkung dieser Unternehmen leisten, angesichts der Tatsache, dass es auf dem Weltmarkt ein sehr großes, auf lange Zeit sicheres Angebot an Kohle gibt, ist die Versorgungssicherheit mit Kohle gegeben. Eine dauerhafte Subventionierung ist nicht notwendig.



Dass etwas geschehen müsse, darüber waren sich alle Fraktionen einig, nicht jedoch über die Schuld am maroden Zustand vieler Schulen, v. l. Bernhard Recker (CDU), Ursula Bolte (SPD), Ralf Witzel (FDP), Ewald Groth (GRÜNE), Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD).
Fotos: Schälte

Bernhard Recker (CDU) sagte, mehr als die Hälfte aller Schulen in NRW seien in einem maroden Zustand. Häufig werde nur noch die Schließung verhindert. Die Landesregierung kürze die Mittel der Kommunen, die vor unlösbaren Aufgaben stünden. Städte meldeten Sanierungsbedarf von über 100 Millionen Mark an. Auf das Land umgerechnet, sei das ein Sanierungsstau von 13 Milliarden Mark.

Ursula Bolte (SPD) erinnerte daran, dass Schulen seit 26 Jahren in kommunaler Verantwortung seien. Wegen der hohen Priorität werde der Schulneubau im Rahmen der Gemeindefinanzen mit 100 Millionen Mark mehr dotiert. Für die zukünftige Finanzierung seien intelligente Lösungen zu suchen.

Ralf Witzel (FDP) sah Aktualität in der finanzpolitischen Akrobatik seitens der SPD und als fatale Fehleinschätzungen das zu geringe Volumen der umgeschichteten 100 Millionen, für Neubauten statt Sanierung bestimmt, und Einschränkung des Handlungsspielraums der Kommunen an.

Ewald Groth (GRÜNE) räumte Sanierungsstau ein, sah aber die Ursache bei den Kommunen als Schulträger. Das zweckgebundene Geld müsse gekürzt werden, damit diese die Gebäude unterhielten.

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) vermutete mehrere Milliarden Mark Finanzbedarf für die Schulgebäudenovierung. Die Leichtbauweise in den 70er-Jahren führe zu marodem Zustand heute. Auch sei der Erhaltungsaufwand, den er umsonst angeht, in der Politik immer zu kurz gekommen. Wer daran spare, spare an der falschen Stelle. Die Kommunalpolitiker seien schuld, nicht die Landesregierung. Viele Kommunen hätten trotz schwieriger Haushaltslage das Notwendige getan, andere ihnen Wichtigeres vorgezogen. Unseriös seien Forderungen ohne Deckung. Die Landesregierung habe eine Arbeitsgruppe eingesetzt und werde in Kürze Lösungsvorschläge präsentieren.

Franz-Josef Britz (CDU) wandte sich gegen immer neue Sondertöpfe für die Kommunen mit Zweckzuweisungen und erklärte, die Alteigentümer hätten ihre Schulgebäude zugunsten von Prestigeobjekten verkommen lassen. Jetzt müssten die neuen CDU-Mehrheiten heilen. Bei Kosten für Asylbewerber argumentiere das Land genau umgekehrt als bei der Schulsanierung. Die CDU wolle ein Programm von einer Milliarde Mark über fünf Jahre, seriös aus Umschichtungen finanziert.

Aktuelle Stunde zur Sanierung von Schulbauten

Alle Fraktionen klagen über maroden Zustand

In einer Aktuellen Stunde debattierte der Landtag am 14. Februar über das von der CDU beantragte Thema „Marode Schulbauten sanieren, Kommunen bei dieser Aufgabe unterstützen“.

Manfred Degen (SPD) verurteilte die pauschale Beleidigung aller Kommunen durch das Thema und zitierte aus dem Schulordnungsgesetz, wo „würdiger Schulraum“ vorgeschrieben sei. In Solingen kürze die absolute CDU-Mehrheit den Schuletat. Die 100 Millionen seien für Schulneubau, Umbau und Erweiterungen gedacht.

Dr. Ingo Wolf (CDU) stellte fest, wo die SPD regiert habe, sehe es am schlimmsten aus. Ein neues Finanzsystem sei nötig ohne Töpfchenwirtschaft. Rückzug der Landesregierung auf die Finanznot sei einfach. Bei

Wünschen der SPD finde die Regierungsmacht schnell Gegenfinanzierungen.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) äußerte den Verdacht, die CDU ziehe das Thema hoch, weil sie Versprechungen vor Ort nicht halten könne. Auch bei kommunalen Verwaltungsgebäuden gebe es einen Antragsstau. Bisherige Zusagen auf Unterstützung beim Neubauten verdienten Vertrauensschutz.

Herbert Reul (CDU) erklärte, dass viele Schulen von der Gewerbeaufsicht geschlossen würden, gefährdet seien und keine Lernatmosphäre hätten, sei unbestritten. Feuchte Wände, tropfende Decken, kaputte Möbel seien die Debatte über Abhilfe wert. Die 100 Millionen würden nur umgepackt. Die 55 Millionen zur Landtagswahl seien eine Showaktion gewesen. Nach der Lehrerlüge solle jetzt nicht noch eine Schulbaulüge kommen.

Sportpolitiker auf Talentsuche

Den CDU-Antrag „Landesprogramm Talentsuche/Talentförderung“ (Drs. 13/690), in dem eine Bestandsaufnahme und Verstärkung gefordert wird, überwies der Landtag nach der Aussprache am 14. Februar an den Sportausschuss, ebenso eine SPD-/GRÜNE-Entschließung (Drs. 13/753) mit zwölf Forderungen.

Dr. Annemarie Schraps (CDU) erklärte, für das Landesprogramm Talentsuche sei ein Lifting nötig, da der finanzielle Rahmen für ganzjährige Betreuung nicht ausreiche. Es fehlten auch ein Anforderungsprofil für Projekte und Erfolgskontrolle.

Rainer Schmeltzer (SPD) meinte, die Talentsichtungs- und Förderungsmaßnahmen in NRW könnten sich bundesweit sehen lassen. Es sei viel Positives passiert. Vereinssport und Schulsport arbeiteten gezielt zusammen. Die neue Sport-Stiftung könne zusätzlich Training und Betreuung unterstützen.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) hielt eine Überprüfung der Talentsuche für nötig. Hochleistungssport sei Fördersache des Bundes. Das Land habe Aufgaben im Vorfeld. Sportmedizinische Untersuchungen sollten vor Ort möglich sein. An der Schnittstelle zwischen D- und C-Kadern müsse es sowohl die Option Leistungssport als auch Beruf geben. Erst nach einer Bestandsaufnahme solle die Talentförderung optimiert werden.

Ewald Groth (GRÜNE) stimmte zu und ergänzte, es dürfe nicht nur um Spitzensport gehen. Sydney habe gezeigt, dass NRW gut gefördert habe. In 2700 Sichtungsgruppen würden 4000 sportbegabte Mädchen und Jungen ständig betreut. Das sei Breitensport. Es solle nicht nur auf Medaillen, sondern auch auf soziale Durchmischung geblickt werden. Elitezucht wie in der DDR wollten die GRÜNEN nicht. Teilinternate müssten ausgebaut werden.

Sportminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) befürwortete gemeinsames Vorgehen und sah die zentralen Forderungen des CDU-Antrags bereits erfüllt. Der finanzielle Rahmen der Sportförderung werde ausgeweitet. Durch die Sportstiftung stünden in diesem Jahr 16 Millionen Mark zur Verfügung. Das sei ein Meilenstein. Ein hochkarätiges Kuratorium sei gefunden. Er wolle den Markstein und nicht das Gemäkel. Das solle in einer gemeinsamen Sportfraktion umgesetzt werden.

SPD und GRÜNE wollen die Landesverfassung um Kinderrechte ergänzen

„Das ist Signal an die Gesellschaft“

In erster Lesung hat der Landtag am 14. Februar darüber beraten, ob Kinderrechte in die Landesverfassung aufgenommen werden sollen, wie dies ein gemeinsamer Gesetzentwurf von SPD und GRÜNEN (Drs. 13/472) vorsieht. Während die Koalition in einer solchen Verfassungsergänzung eine „Signalwirkung“ sieht, warnten die Liberalen vor „Verfassungsfolklore“. Die CDU erklärte ihre grundsätzliche Zustimmung.

Bernd Flessenkemper (SPD) meinte, es sei tägliche Erfahrung, „dass Kinder in der Wertordnung der Gesellschaft als eigenständige Persönlichkeiten und damit auch ihre Interessen nicht hinreichend Anerkennung finden. Dabei geht es nicht nur um Gewalt gegen Kinder, sondern auch um unzureichende praktische Entfaltungs- und Beteiligungsmöglichkeiten.“ Darum wolle man die Chance nutzen, „durch eine klarstellende Regelung und Ergänzung im Rahmen der Landesverfassung die Rechte der Kinder besser zur Geltung zu bringen“. Ziel sei, die Achtung vor dem Kind in dem gesellschaftlichen Bewusstsein stärker als bisher zu verankern. Wenn ein abrupter Wechsel im Alltag der Familien auch nicht zu erwarten sei, so könne die Ergänzung auf Dauer zu einer Änderung der Einstellung bei allen Betroffenen führen. Aus Schweden wisse man, dass das Verbot jeglicher Körperstrafen für Kinder vor 20 Jahren dort zu weniger Gewaltanwendung gegen Kinder geführt habe. Flessenkemper: Kinderrechte als grundsätzliche gesellschaftliche Wertentscheidung verpflichteten Staat, Gesellschaft und Eltern dazu, die Belange der Kinder in allen Lebensbereichen noch stärker zu berücksichtigen.



Ute Koczy (GRÜNE) folgte, der vorgeschlagene Text von Artikel 5a unterstütze diejenigen, die sich als Lobby für Kinder verstünden. Ihre Fraktion halte es für wichtig, die Interessen der nachwachsenden Generation zu stärken, denn man wolle mit dem Respekt vor Kindern Ernst machen. Außerdem verlange die Situation der Kinder im Lande mehr Öffentlichkeit. Die Bestrebungen verband sie mit der Aufforderung an die Bundesregierung, ihre Vorbehalte gegenüber der UN-Kinderrechtskonvention zurückzunehmen und Flüchtlingskinder von 16 bis 18 Jahren als Minderjährige zu behandeln, um ihnen die daraus resultierenden Rechte zuzugestehen. Eine entsprechende Bundesratsinitiative des Landes NRW werde darum von Seiten ihrer Fraktion vorgeschlagen.



Antonius Rüsenberg (CDU) erklärte die Zustimmung seiner Fraktion zum Grundanliegen, Kinderrechten mehr Gewicht zu geben. Da man aber noch am Anfang einer sehr wichtigen landespolitischen Diskussion stehe, sei dies noch kein endgültiges Ja, schränkte Rüsenberg ein. Unter Hinweis auf die Grundgesetzvorschrift



„vom Recht auf Leben und der Zahl der Abtreibung ungeborenen Lebens machte der Sprecher aufmerksam auf den Unterschied zwischen Verfassungsformulierung und gesellschaftlicher Realität. Mit der Ergänzung sei noch nicht die Arbeit getan, sie fange dann erst an: „Das bedeutet zusätzliche politische Aufträge. Und wir haben Orientierungspunkte für unsere konkreten Entscheidungen zu finden.“ Bei allem Bemühen um ein kinderfreundliches Land gebe es noch erhebliche Defizite zu beheben.

Christian Lindner (FDP) erklärte Zustimmung seiner Fraktion zur vorliegenden Verfassungsänderung. Aber die Initiative sei nicht so neu, wie ihre Autoren suggerierten, schon das Grundgesetz und das Sozialgesetzbuch enthielten solche Regelungen. Entscheidend sei die politische Wirklichkeit im Land und die Praxis der Landesregierung; da sehe er viele „Gesten, aber wenig Folgen“. In diesem Sinn sei die Kinderpolitik der Landesregierung „Ausdruck einer gestenreichen Folgenlosigkeit“. Man brauche keine „Verfassungsfolklore, sondern wir wollen einen Ruck“. Die neue Vorschrift sei von der Landesregierung mit Leben zu erfüllen; wenn es der Ministerpräsident Ernst meine, „haben Sie unsere volle Unterstützung“.



Jugendministerin Birgit Fischer (SPD) urteilte: „Wir brauchen eine Kultur des Aufwachsens, die die Rechte der Kinder optimal berücksichtigt, und das ist in unserer Gesellschaft noch lange keine Selbstverständlichkeit.“ Wenn auch die Landesregierung mit ihren Bemühungen immerhin so viel erreicht habe, dass die Bezeichnung von NRW als „kinderfreundliches Land“ voll zutreffe, müsse man noch viel mehr tun, um in der Gesellschaft eine erhöhte Sensibilität für die Belange junger Menschen zu erreichen. Die Verankerung in der Verfassung sei mehr als bloß ein forma-



Das aktuelle Stichwort:

Kinderrechte

„Jedes Kind hat ein Recht auf Entwicklung und Entfaltung seiner Persönlichkeit, auf gewaltfreie Erziehung und den besonderen Schutz vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung. Die staatliche Gemeinschaft schützt und fördert die Rechte des Kindes und trägt für kindgerechte Lebensbedingungen Sorge.“

Formulierungsvorschlag von SPD und GRÜNEN für den einzufügenden Artikel 5a in die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen.

ler Akt. „Ich verspreche mir davon neue Impulse und mehr Verantwortungsbewusstsein für die Beachtung der Kinderrechte.“ Kinderrechte würden damit noch mehr zu einer Querschnittsaufgabe politischen Handelns. Mit der Verankerung werde auf keinen Fall der Stellenwert von Familie und Elternrechten unterminiert, wie dies einige befürchteten. Wenn schon lebende Kinder keine kindergerechten Lebenswelten vorfinden, dann helfe es auch nicht, Ungeborene unter Schutz zu stellen. Die Ministerin wüschte in der Frage der Verfassungsänderung einen öffentlichen und offenen Diskurs und verlangte eine starke Lobby für Kinder.

Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU) machte bei aller Wertschätzung für das Ziel, Schutz und Entwicklungsfreiheit des Kindes zu sichern, darauf aufmerksam, dass man ihm mit einer Ergänzung der Verfassung nicht wesentlich näher komme. Es sei entscheidend, die Verfassungswirklichkeit zu ändern. Im Übrigen sollte man Verfassungen nur ändern, wenn es zwingend geboten sei. Es dürfe nicht dazu kommen, dass in guter Absicht die Verfassung ergänzt werde, dann aber hinterher alles beim Alten bleibe.

Renate Drewke (SPD) forderte, mit der Gewaltspirale gegen Kinder müsse es ein Ende haben. Andere Ausgrenzungsmechanismen wie Armut, Vernachlässigung und mangelnde gesellschaftliche Teilhabe wirkten sich negativ aus und hätten langfristige gesellschaftliche Folgen. Es müsse zudem verhindert werden, dass Kinder angesichts der demographischen Entwicklung noch stärker zum Planungsobjekt und zum Gegenstand von Nützlichkeitsabwägungen würden.

Dr. Robert Orth (FDP) warnte die Landesregierung: Kinderrechte in der Verfassung seien „kein bloßer Programmsatz. Sie entlasten die Landesregierung nicht in ihrem tatsächlichen Tun. Das bedeutet für uns: Die Geister, die die Landesregierung rief, wird sie auch nicht mehr loswerden.“

Ute Koczy (GRÜNE) nahm die Absicht der Verfassungsergänzung in Schutz: Es bedürfe nicht unbedingt eines zwingenden Grundes, um die Landesverfassung zu modernisieren. Hier seien Lücken, die einer Präzisierung bedürften.

Aktuelle Stunde II: NRW will beim Länderfinanzausgleich künftig besser dastehen

Der Landtag debattierte in einer von den GRÜNEN beantragten Aktuellen Stunde am 15. Februar über das Thema Länderfinanzausgleich.

Edith Müller (GRÜNE) sagte, das Parlament sei das Herz unseres politischen Systems, daher der richtige Ort für das brisante Thema. Der Finanzausgleich sei so undurchschaubar geworden, dass Lösungsvorschläge dem Missbrauch politischen Pokerspiels entzogen werden müssten. Die Parlamente sollten bestimmen. Ihr Leitbild seien demokratische Legitimation, neue Anreiz- und Solidargedanken, mehr Autonomie für die Regionen und Bürgerengagement. Die GRÜNEN wollten keinen Wettbewerbsföderalismus. Anreize könnten nur geschaffen werden, wenn auf die festen Auffüllsätze verzichtet werde. Sondertatbestände wie Hafenanlagen sollten wegfallen. Bei der Aufteilung der Einkommensteuer sollten die Pendler anders betrachtet werden. Frau Müller schlug eine 50 : 50-Lösung nach Wohnsitz und Arbeitsstätte vor. Der 100-Prozent-Berechnung der Finanzkraft der Kommunen könne sie viel abgewinnen.

Michael Groschek (SPD) erklärte, die SPD setze deutlich andere Aspekte und sei gegen die Reduzierung der Bundesergänzungszuweisungen, sondern für deren Umstrukturierung. Der Bund müsse für differenzierte Verteilung sorgen und dürfe sich nicht aus seiner Finanzverantwortung zurückziehen. Bei voller Anrechnung der Finanzkraft der Kommunen wäre NRW einziger Verlierer. Im Finanzausschuss setzten alle auf den Ministerpräsidenten als ehrlichen Makler. Die unterschiedlichen Lager im Bundesrat zwängen NRW zur Rolle des Vermittlers. Das Alimentieren habe Grenzen, das Aktivieren müsse stärker werden. Die Rangfolge nach Finanzausgleich müsse bei Nehmern und Gebern gleich bleiben. Nach einer Reform könne NRW besser dastehen. Die SPD unterstütze die Kompromisslinie von NRW-Finanzminister Steinbrück.

Wolfgang Dietrich (CDU) lehnte das Anliegen der GRÜNEN ab, da es nicht im Interesse des Landes sei, vielmehr die völlig über-

zogene Zahlungsverpflichtung zementiere. Ein Vorschlag, der für NRW keine müde Mark bringe, sei ein starkes Stück. Die Eckwerte des Bundesfinanzministeriums bedeuteten höhere Ausgleichszahlungen für NRW. Eine volle Anrechnung der Finanzkraft der Kommunen sei auch nicht geboten, sondern wäre katastrophal. Ein Umkippen der Landesregierung aus Solidarität mit den Genossen in Berlin, Bremen und Hannover dürfe es nicht geben. Die Ministerpräsidenten hätten alle Streitpunkte ausgespart und sich nur auf höchstens zwölf Mark pro Einwohner Gewinn oder Verlust einzelner Länder geeinigt. Ohne neuen Finanzausgleich verliere NRW erhebliche Mittel und Wirtschaftswachstum.

Angela Freimuth (FDP) erklärte, das derzeitige System bestrafe Geberländer und stärke Nehmerländer nicht. Leistung werde nicht honoriert, sondern bestraft. Haushalte würden fremdbestimmt. NRW büße 1,7 Prozent Wirtschaftswachstum ein. Sehr enttäuschend sei, dass die Nehmerländer sich überhaupt nicht zutrauten, jemals zu den Geberländern zu gehören. Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse sei kein Staatsziel. Nivellierung sei nicht gemeint. Nach den Vorgaben des Verfassungsgerichts sei die Finanzkraft-Reihenfolge zu wahren. Das Ausgleichsniveau müsse auf 92,5 Prozent reduziert werden. Dissens der FDP zu den GRÜNEN gebe es auch bei der Finanzkraft der Gemeinden, 100 Prozent Anrechnung sei völlig abwegig.

Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) stellte fest, man bewege sich bei diesem Thema auf einem „außerordentlich komplizierten Terrain“. Es gehe dabei weniger um Parteipolitik als um das Interesse der 16 Länder, die zusammengebracht werden müssten, denn sonst komme es erneut zu einem verfassungsgerichtlichen Streitverfahren. Derzeit sei nicht mehr möglich, als einen Zwischenstand zum Länderfinanzausgleich auszutauschen. Die Ministerpräsidenten hätten verabredet, dass im Zuge des Länderfinanzausgleichs die Existenz keines Bundesstaates – auch nicht des kleinsten – in Frage gestellt wird; auch dürfe deren finanzielle Handlungsfähigkeit nicht überstrapaziert oder eingeschnürt werden. Man sei sich einig, dass der Länderfinanzausgleich verfassungskonform weiter zu entwickeln sei, dass der Aufbau Ost eine Gemeinschaftsaufgabe bleibe, dass eine stärkere Anreizorientierung zu verwirklichen sei und dass von einem Betrag in Höhe von zwölf Mark als Korridor der

zumutbaren Be- und Entlastungen pro Einwohner auszugehen sei. Damit habe man sich auf Eckpfeiler geeinigt und noch nicht ein Modell für den künftigen bundesstaatlichen Finanzausgleich.

Helmut Diegel (CDU) meinte, es könne nicht im Interesse des Landes sein, wenn NRW beim Länderfinanzausgleich weiterhin genau so schlecht dastehe wie bisher. Darin sah er einen Widerspruch zwischen SPD und GRÜNEN, denn nach deren Vorstellungen werde das Land schlechter abschneiden. Es müsse aber zu einem Länderfinanzausgleich kommen, der gerecht sei und bei dem das Land NRW nach dem Ausgleich der Finanzkraft nicht schlechter dastehe als vor dem Ausgleich, fand er.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) hielt nichts davon, in die Koalition Probleme hinein zu interpretieren, „die gar nicht vorhanden sind“. Dem Grundgedanken der Konkurrenz und der Kooperation könne sich seine Fraktion einhellig anschließen. Es müsse in Zukunft zu einer Entlastung für NRW kommen, das Land müsse auch künftig „die Rolle des Hüters einer ausgewogenen Verteilung übernehmen“.

Dr. Ingo Wolf (FDP) erklärte die Forderung der GRÜNEN nach Kostenneutralität „schlicht für skandalös: Wenn wir wissen, dass wir zu viel bezahlen, müssen wir auch nachhaltig einfordern, dass das geändert wird.“ Die Liberalen setzten klar auf Forcierung der Konkurrenz unter den Ländern. Man müsse die zementierten Strukturen auflösen und nicht immer nur so weitermachen wie bisher. Er plädierte dafür, mit den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts „offensiv“ umzugehen.

Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) hielt nichts davon, „die Revolution außerhalb der Realitäten auszurufen“. Am Solidarpakt 2 zugunsten der neuen Bundesländer, der maßgeblich aus dem Westen finanziert werden müsse, führe kein Weg vorbei. Auch gehe es nicht an, die Existenz etwa des Saarlandes aufs Spiel zu setzen. Auch wenn man im vorhandenen Gefüge einen sehr vorsichtigen Ausgleich suchen müsse, bewege er, Clement, sich auf diesem Feld nicht mit Samtpfoten. NRW müsse nach seiner festen Überzeugung beim Länderfinanzausgleich auf Sicht besser abschneiden als heute. Man stehe unter äußerstem Zeitdruck, denn bis 2002 müsse eine Regelung gefunden werden. Dazu habe das Bundesverfassungsgericht verpflichtet.



Keine „rheinische“ Lösung bei der Neuregelung des Länderfinanzausgleichs in Sicht (v.l.): Edith Müller (GRÜNE, Vizepräsidentin), Michael Groschek (SPD), Wolfgang Dietrich (CDU), Angela Freimuth (FDP), Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD).
Fotos: Schälte

Landtag macht sich für föderale Struktur der Bundesbank stark

Der Landtag hat sich dafür ausgesprochen, dass das föderale System der Deutschen Bundesbank erhalten bleibt. Ein entsprechender Antrag der vier Fraktionen wurde in direkter Abstimmung einstimmig verabschiedet (Drs. 13/718).

Winfried Schittges (CDU) erklärte, es gebe gute fachliche Gründe für die Beibehaltung des bisherigen Systems. Nehme man den Landeszentralbanken ihre Entscheidungsmöglichkeiten im Zentralbankrat, könnten sie ihre Funktion als Ansprechpartner für den Mittelstand und das Kreditwesen in den Regionen nicht mehr wirksam wahrnehmen. Aber auch der Bundesbankpräsident selber profitiere letztlich von der starken Stellung der Landeszentralbanken in der Region. Seine optimale Beratung sei Voraussetzung für eine starke deutsche Stimme im Rat der Europäischen Zentralbank.

Ernst-Martin Walsken (SPD) meinte, es scheine ihm völlig logisch zu sein, dass der Bundesfinanzminister zuerst die europäische Sicht in den Vordergrund geschoben habe und deshalb nach den Zielen „Die Bundesbank muss schlanker werden, und wir können auf bisherige regionale Zuständigkeiten verzichten“ einen Vorschlag gemacht habe, der diesen europäischen Gesichtspunkten voll Rechnung trage. Wichtig sei aber auch, dass dieser europäische Gesichtspunkt nicht allein im Vordergrund der Entscheidungsfindung sein könne. Die Interessen der Bundesländer müssten gleichgewichtig in der internen Diskussion eine Rolle spielen.

Dr. Gerhard Papke (FDP) sagte, in der Tat sei es auch für die FDP wichtig, den Mitgestaltungsanspruch des Landes bei der anstehenden Diskussion über die künftige Struktur der Bundesbank deutlich zu machen. „Sie werden uns als Freie Demokraten immer als Befürworter und Verteidiger föderaler Strukturen finden.“ Diese Bewahrung

föderaler Strukturen dürfe allerdings kein Argument sein, um sich nötigen Modernisierungsprozessen zu verschließen. Es sei nach FDP-Ansicht schon unabdingbar, dass die Struktur der Bundesbank und damit auch die der Landeszentralbanken reformiert und verschlankt werde.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) vertrat die Auffassung, NRW als wichtigstes Wirtschaftsland in der Bundesrepublik und Sitz zahlreicher regionaler Banken sowie einer Landeszentralbank habe ein vitales Interesse daran, auch zukünftig die Finanzversorgung und seine Mitwirkungsmöglichkeiten im Bankbereich und bei der Bankenaufsicht sicherzustellen. Das bisherige Modell zur Neugestaltung der Bundesbankstruktur und ihrer Steuerung, das vom Bundesfinanzminister vorgelegt worden sei, sei aus Sicht der GRÜNEN nicht so gestaltet, dass es aus föderaler Sicht der Länder für NRW akzeptabel sei.

Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) erklärte, die Bundesbank sei keine föderale Einrichtung, sie sei eine Bundeseinrichtung. Der Bundesfinanzminister werde dort relativ unangreifbar sein, wo er auf seinen Kompetenzen und seinen Zuständigkeiten für die Bundesbank beharre – dies auch mit Blick auf die Tatsache, dass die Novelle des Gesetzes im Bundesrat nicht zustimmungspflichtig sei. Wenn die 16 Bundesländer aber so einmütig wie bisher aufträten, dann werde er mit einer Zweidrittel-Widerstandslinie im Bundesrat rechnen müssen. Diese könnte er von den Spielregeln her seinerseits nur mit einer Zweidrittelmehrheit im Bundestag zurückweisen.

Kirchgeld beschlossen

In zweiter Lesung hat der Landtag am 14. Februar das Dritte Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Erhebung von Kirchensteuern im Lande Nordrhein-Westfalen (Gesetzesentwurf der Landesregierung Drs. 13/439) mit einer leichten redaktionellen Änderung auf Empfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 13/725) angenommen.

Frank Sichau (SPD) führte zum Ziel der Gesetzesänderung aus, es gehe im Wesentlichen um eine Verbreiterung der Finanzbasis durch dieses besondere Kirchgeld, „insbesondere für die evangelischen Kirchen in Nordrhein-Westfalen – und zwar auch mit Unterstützung der katholischen Kirche und der jüdischen Kultusgemeinden“. Aufgrund der historischen Entwicklung hätten die Kirchen diese Gesetzesänderung vom Landtag erwarten können. Das Ganze geschehe durch eine Erhebung des faktischen Mindestbeitrags von Mitgliedern mit Familieneinkommen. Daneben gebe es einige rechtliche Anpassungen.

Volkmar Klein (CDU) stellte fest: „Es geht hier nicht um die Kirchensteuer.“ An diesem System wolle niemand rütteln. Aber es gebe in diesem System einige Punkte „mit einer Gerechtigkeitslücke“. Es gehe allein um den Fall, „in dem nicht kirchensteuerpflichtige und gut verdienende Ehepartner überhaupt nichts bezahlen müssen, obwohl der andere Ehepartner Mitglied der Kirche ist und beide die Leistungen der Kirche in Anspruch nehmen“.

Joachim Schultz-Tornau (FDP) bekannte, er stimme – anders als manche Mitglieder seiner Fraktion – dem Gesetzesentwurf zu, aus Respekt vor unserer Verfassung und vor der Aufgabentrennung zwischen Staat und Kirche. Der Sprecher räumte jedoch ein, es könne bei anderen Zweifeln geben, ob das Kirchgeld mit dem bürgerlich-rechtlichen System vereinbar sei und ob nicht durch die Hintertür am Ende doch derjenige haftbar gemacht wird, der aus der Kirche ausgetreten ist.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) sah eine klare Mehrheit für das Gesetz in ihrer Fraktion. Die Kirchen hätten so etwas wie einen Rechtsanspruch; das Kirchgeld sei in fast allen anderen Bundesländern eingeführt. Die Kirchen leisteten wichtige Arbeit, für die sie unterstützt werden müssten. Der Landtag entscheide nicht über das Kirchgeld, „wir schaffen den gesetzlichen Rahmen, und die Kirchen entscheiden in ihrer Verantwortung, ob sie von diesem Recht Gebrauch machen“.

Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) machte darauf aufmerksam, dass die Kirchen unverzichtbare Dienste leisteten. Sie erhielten durch den im Entwurf enthaltenen Bezug auf das Einkommensteuerrecht eine Teilkompensation bei Steuersenkungen und Steuerminderungen. Die Landesregierung sei der Meinung, „dass das Kirchgeld verfassungsrechtlich durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts abgesichert ist“.



Landtagsvizepräsidentin Edith Müller (M.) beim traditionellen Empfang der Lesben- und Schwulenorganisationen aus Nordrhein-Westfalen. Besondere Aufmerksamkeit in den Gesprächen fand das Gesetz zur eingetragenen Lebenspartnerschaft. Foto: Schälte

Verbände knüpfen unterschiedliche Bedingungen an Abitur nach zwölf Jahren

Als Sprecher der Katholischen Elternschaft Deutschlands sprach sich Michael Sandkamp gegen Profilklassen aus: „Wir reden über ein Problem, das mehr als die Hälfte der Elternhäuser nicht berührt. Vor allem Hauptschülerinnen und -schüler sowie ihre Eltern und Lehrer wünschen sich eine Verbesserung ihrer Fördermöglichkeiten und damit eine zukunftsfruchtige Qualitätsverbesserung ihrer Schulen.“ Sein Verband empfehle statt der Bildung von Profilklassen „die Entwicklung eines profilierten achtjährigen Gymnasiums“.

Gerhard Kühn vom Katholischen Büro sah bei der Einführung von Profilklassen Probleme, das Land habe noch keine Erfahrungen mit dieser Möglichkeit; andere Bundesländer zeigten aber, dass die sich lösen ließen. Um alle der drei im Verordnungsentwurf genannten Wege zu verwirklichen, müssten die Rahmenbedingungen an den Schulen geändert werden, und das „Ganze“ sei weiterhin wieder mehr in den Blick zu nehmen. Sonst komme man zu einer Zweiklassengesellschaft im Schulbereich, die keiner wolle. Karl Brandt vom Evangelischen Büro NRW warnte vor einer zunehmenden „Ökonomisierung“ der Bildung. Profilklassen seien ein gravierender Eingriff in das Gefüge einer Schule und sorgten für Spannungen zwischen Profilklassenunterricht und „Restunterricht“. Die Selbständigkeit der Schüler könnte durch Verkürzung gefährdet werden; außerdem sei zu befürchten, „dass eine kontinuierliche religiöse und ethische Bildung nicht gewährleistet ist“.

Für den Landeselternrat Gesamtschulen in NRW stellte Sigrid Beer fest, das Entwickeln aller Schülerpotentiale müsse Ziel sein, „der Fokus darf nicht nur bestimmten Gruppen gelten, Schullaufbahnen müssen weiter offen gehalten werden“. Eine Stärkung der Sekundarstufe I tue not, die Qualität von Unterricht sei zu verbessern. Beer: „Förderungsmaßnahmen für Lehrer und Lehrerinnen sind nötig, nicht neue Differenzierungsmodelle.“

Hannelore Kirchhoff von der Landeselternschaft der Gymnasien in NRW hielt eine generelle Verkürzung des Bildungsgangs an Gymnasien für nicht akzeptabel. Zu begrüßen seien aber die Möglichkeiten zur individuellen Schulzeitverkürzung. Ihre Organisation favorisiere die Einrichtung von Profilklassen – ab Klasse 7 –, der gesonderte Unterricht sollte aber nicht nur zur Verkürzung, sondern zur komplexeren Nutzung der Unterrichtszeit genutzt werden. Bei den Profilklassen müsse der Klassenbildungswert unterschritten werden dürfen.

Für Profilklassen sollten keine verbindlichen Klassengrößen festgelegt werden. Um die anderen Klassen nicht zu benachteiligen, sei „die Einstellung weiterer Lehrer mit den passenden Qualifikationen unumgänglich“. Dies gelte auch für die Bildung von so genannten „Springergruppen“. Die Sprecherin des Elternvereins, Regina Schwarzhoff, äußerte den Verdacht, die Initiatoren des Verordnungsentwurfs wollten eigentlich keine Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur. Unter dem Begriff „Autonomie“ solle den Schulen mehr Verantwortung zugeschoben werden; das führe schon heute bei einem Schulwechsel innerhalb des Landes zu Problemen, die die Schüler unnötig belasteten.

Thorsten Drautzburg von der Landesschüler(innen)vertretung NRW lehnte sowohl die individuelle als auch generelle Schulzeitver-

Verschiedene Instrumente zur Verkürzung der Schulzeit standen im Mittelpunkt einer öffentlichen Anhörung unter dem Titel „In zwölf Jahren zum Abitur – flexibel oder verbindlich?“ Dazu hatte der Schulausschuss unter dem Vorsitz von Dr. Heinz-Jörg Eckhold (CDU) zahlreiche Sachverständige in den Landtag geladen. Inzwischen hat der Ausschuss der entsprechenden Verordnung der Landesregierung mehrheitlich zugestimmt. – Wir setzen damit den Bericht in „Landtag intern“ Nr. 2, Seite 9 fort.

Kürzung ab. Sie benachteilige einerseits die Schüler von Haupt- und Realschule und bevorteile andererseits die wenigen in den Profilklassen – wer die Förderung wohl nötiger habe: diejenigen, die von zu Hause aus gefördert oder die, die erst in der Schule zum Lernen angehalten würden. Integratives Lernen bringe dagegen für beide Seiten Vorteile.

Der Westdeutsche Handwerkskammertag sprach sich für generell zwölf Jahre bis zum Abitur aus. Eine kürzere Schulzeit verbessere die Schüler-Lehrer-Relation, wenn die Anzahl der Lehrer beibehalten werde. Dazu sei aber auch der politische Dialog über die Entrümpelung der Lehrinhalte erforderlich, gab Sprecher Andreas Ohme zu bedenken. Er regte an, an Orte mit mehreren Gymnasien das für den zwölfjährigen Bildungsgang geeignetste für die Einrichtung von Profilklassen von der fünften Klasse an auszusuchen. Jürgen Schmitter von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft lehnte Profilklassen ab, damit würde faktisch eine „weitere Schulform mit den verschiedenen negativen Folgen für eine kontinuierliche Schulentwicklungsplanung eingerichtet“. Vor einer Entscheidung zur flächendeckenden Einrichtung sei nach Ansicht der GEW ein Schulversuch zur Erprobung einzurichten. Schmitter warnte vor dem Versuch, durch eine weitere Zuordnung von Fächern zum Pflichtbereich die Möglichkeiten individueller Schwerpunktsetzung in der gymnasialen Oberstufe zusätzlich einzuschränken; das sei „kontraproduktiv“ und fördere auch nicht die beabsichtigte Vertiefung des mathematisch-naturwissenschaftlichen Lernbereichs. Philologenverband und Realschullehrerverband NRW bezeichneten durch Peter Silbernagel die zwölfjährige Schulzeit als unabdingbar für die nationale und internationale Konkurrenzfähigkeit. Doch sei der entspre-

chende Bildungsgang „pädagogisch aus einem Guss zu gestalten“. Favorisiert werde von den beiden Verbänden das Modell der Profilklassenbildung ab 7. Klasse, denn das begünstige die soziale Gemeinschaft und das Lernklima. Dagegen würden Bedenken angemeldet gegen einen Beginn der Differenzierung ab Klasse 9, das könnte die Lerninhalte durch die erforderliche Konzentration überfrachten.

Hannelore Hecker vom Verein katholischer Lehrerinnen sprach sich dafür aus, den zwölf- und 13-jährigen Bildungsgang alternativ nebeneinander anzubieten; die individuelle Möglichkeit des Springens sollte erhalten bleiben. Sie lehnte die Zusammenfassung leistungsstarker Schüler in Gruppen „ohne inhaltliches und langfristiges Konzept“ ab und hielt die Profilklassen für eine „Notlösung, um einen durchgehenden achtjährigen Bildungsgang zum Abitur zu umgehen“.

Dagmar Naegele (Schulleitungsvereinbarung der Gesamtschulen NRW) rief dazu auf, „eine ganzheitliche Strukturreform im Auge zu behalten und vor allem die Durchlässigkeit unseres Schulsystems zu erhalten“. Eine Reform „vom Kopf des Systems her“ berücksichtige nicht die Auswirkungen auf das gesamte Schulsystem, die in der Einsparung einer ganzen Jahrgangsstufe lägen. Das differenzierte System der Gesamtschule sei darauf vorbereitet, eine individuelle Förderung von Schülerlaufbahnen, die verkürzt werden können, vorzunehmen.

Der Verband Bildung und Erziehung verlangte, die schon vorhandenen Möglichkeiten durch Überspringen einer Klasse auszubauen. VBE-Sprecher Udo Beckmann hielt Profilklassen für problematisch und zog eine größere Durchlässigkeit in der Sekundarstufe I und II vor. Neben anderen warnte auch er vor einer Verengung des Blicks auf die Leistungsstarken.

Dr. Wolfgang Kehl (Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen und an Berufskollegs) forderte, die Rückwirkungen der Änderungen an Gymnasien und Gesamtschulen auf die Berufskollegs zu debattieren – „als Erstes“. Springen gehe auch an Kollegs, aber hier seien keine Profilklassen einzurichten: Das benachteilige diese Schulform. Darum forderten die Verbände eine Lösung, „die die Sekundarstufe II der Berufskollegs nicht tangiert und in der Sekundarstufe I liegt“. Beide Stufen sollten nicht „vermischt“ werden.



Reißenden Absatz bei Anhörungsteilnehmern und Zuhörern fanden die Zuschriften, die Sachverständige und Verbandsvertreter zum Thema des Schulausschuss-Hearings in den Plenarsaal mitgebracht hatten. Foto: Schälte

Gutachten zur Veredlung:

Vertrauen durch gesicherte Qualität zurückzugewinnen

In seiner Sitzung am 8. Februar hat sich der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz unter Leitung der Vorsitzenden Marie-Luise Fasse (CDU) das Gutachten der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe zur „Nachhaltigen Sicherung des Veredlungsstandortes Westfalen-Lippe“ durch Dr. Pahlmeyer von der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe erläutern lassen.

Danach sei, ausgelöst durch die BSE-Problematik, die Veredlungsproduktion in Westfalen-Lippe – und darüber hinaus – unstrittig in der schwersten Krise der Nachkriegszeit. Weiter stellt der Gutachter fest, dass der derzeitige Verlust des Verbrauchervertrauens aus dem Wegfall der als selbstverständlich vorausgesetzten gesundheitlichen Unbedenklichkeit der Veredlungsprodukte resultiere. Es schlossen sich Zweifel an der Erfüllung der übrigen Ansprüche an die Qualität von Nahrungsmitteln an. Aus latenten Ängsten sei offener Vertrauensverlust geworden.

Vor dem Hintergrund der Veredlungsstrukturen in der Europäischen Union, der Bundesrepublik Deutschland und in Westfalen-Lippe, der in Westfalen-Lippe anfallenden Produktionskosten und den daraus abzuleitenden notwendigen Mindest Erlösen kommt das Gutachten zu dem Schluss, unter den derzeitigen, durch Agrarpolitik und Marktsituation gegebenen Rahmenbedingungen könne allein das Wach-

tum in wettbewerbsfähige Strukturen nachhaltig den Veredlungsstandort Westfalen-Lippe sichern.

Es wird aber zugleich festgehalten, dass betriebliches Wachstum auch und besonders in qualitativer Hinsicht zu erfolgen hat. Bestimmte Aspekte wie die tiergerechte Haltung von Milchkühen oder die Minimierung der Nährstoffausscheidungen je Kilogramm Milch sind sogar nur durch natürliches Wachstum oder Leistungssteigerung des Einzeltiers zu verbessern.

Neben dem Aufbau von Beständen, die durch Nutzung von Degressionseffekten die Produktionskosten auf ein existenzsicherndes und die Bildung von Eigenkapital ermöglichendes Niveau senken, zieht sich die Thematik der Produktqualität wie ein roter Faden durch das Gutachten. Es wird deutlich gemacht, dass die Qualitätsanforderungen der Abnehmer landwirtschaftlicher Erzeugnisse, letztlich also der Verbraucher, neben dem ökonomischen Aspekt der zweite entscheidende Maßstab für die nachhaltige Sicherung des Veredlungsstandortes Westfalen-Lippe sind.

Grundsätzlich sei das Ziel, Nahrungsmittel nach Standards zu erzeugen, mit denen das Vertrauen der Verbraucher zurückgewonnen werden kann, nur durch eine verbrauchernahe, transparente, herkunftsgesicherte, umweltschonende und tiergerechte Veredlungsproduktion zu erreichen. Um dieses Ziel zu erreichen, sei die nachhaltige Sicherung des Veredlungsstandortes Westfalen-Lippe notwendig. Qualitätssicherung und Qualitätssteigerung der Nahrungsmittel, Verbrauchervertrauen und Existenzsicherung der landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Betriebe in Westfalen-Lippe bedingen sich so gegenseitig.

Die Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe orientiere sich in ihrem Selbstverständnis bei der konzeptionellen Umsetzung und bei der Durchführung der ihr an-

vertrauten Aufgaben an diesen Zusammenhängen und habe dies im Gutachten bereits vor Eintritt der derzeitigen BSE-Krise dokumentiert. In diesem Sinne stelle das Gutachten die Quintessenz der Grundlagenarbeit der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe für den betrachteten Bereich dar. Existenzsicherung der landwirtschaftlichen Betriebe sei nur mit kostendeckender Produktion und Eigenkapitalbildung möglich, fährt der Gutachter fort. Nur durch Existenzsicherung seien nachhaltig Arbeitsplätze in den Betrieben zu sichern. Drei wesentliche Ziele müssten dazu verfolgt werden:

- Die Produktionsqualität weiter verbessern und das Image der Veredlungsproduktion aus dieser Region steigern.
- Die Veredlungsproduktion in Betrieben, die dafür geeignet sind, zur Kostendegression weiter aufstocken. Im Zuge des unvermeidlichen Strukturwandels werden in anderen Betrieben Produktionsanteile frei.
- Regionale Marktanteile für Veredlung sichern, ausbauen und für konzentrierte Verbrauchernachfrage im globalen Markt, aber insbesondere in Nordrhein-Westfalen, ein attraktives Qualitätsangebot mit Herkunftssicherung bereitstellen.

Dr. Pahlmeyer kommt in seinem Gutachten zu dem Fazit, das zentrale Problem der gesundheitlichen Unbedenklichkeit und die Verbindung, die in der öffentlichen Diskussion mit den anderen Qualitätskriterien geknüpft wird, zeige, „dass die Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe ihre Arbeit unter dem zentralen Ziel der Nachhaltigkeit vorausschauend und zukunftsorientiert ausgerichtet hat und dass der eingeschlagene Kurs beibehalten und intensiviert werden muss“.

Thomas Wilhelm

Minister: Telefonüberwachung in Beziehung zu Ermittlungsverfahren setzen

Die Überwachung der Telekommunikation nach Paragraph 100 a der Strafprozessordnung ist in Nordrhein-Westfalen in den Jahren 1998 und 1999 im Vergleich zur Entwicklung auf Bundesebene überdurchschnittlich gestiegen. Das ergab ein Bericht, den der Rechtsausschuss des Landtags unter dem Vorsitz von Dr. Robert Orth (FDP) von Justizminister Jochen Dieckmann (SPD) entgegengenommen hat. Der Anstieg der Überwachungsmaßnahmen bedürfe einer Ursachenforschung, befand der Ausschussvorsitzende.

Dass in NRW in einem unverhältnismäßig großen Umfang die Telefone abgehört würden, sei ein falscher Eindruck, erklärte der Justizminister. Er nannte Zahlen der Fälle (in Klammern Bund): 319 (Bund 2705) in NRW im Jahr 1998, im darauf folgenden Jahr seien es 428 (3034) Fälle gewesen.

Während die Steigerungsquote bundesweit um zwölf Prozent gestiegen sei, habe NRW einen Zuwachs von 34,1 Prozent zu verzeichnen gehabt. Der Minister gab zu bedenken, wenn die Überwachung zu den eingeleiteten Ermittlungsverfahren in Beziehung gesetzt würde, dann sei die Quote

0,044 Prozent (428 angeordnete Telefonüberwachungen bei 968703 Ermittlungsverfahren). Damit stehe NRW auf dem elften Platz: In zehn Bundesländern werde von der Telefonüberwachung häufiger Gebrauch gemacht. Nach den Ermittlungen des Düsseldorfer Generalstaatsanwalts hätten 1999 von 194 beendeten Telefonüberwachungen 114 einen hinreichenden Tatverdacht unmittelbar begründet, also Anlass zur Anklageerhebung gegeben.

Dieckmann: „Ich denke, die von mir vorgelegten Zahlen sprechen für sich. Sie belegen das verantwortungsvolle Vorgehen unserer Strafverfolgungsbehörden (...) bei der Anordnung von Telekommunikationsüberwachungen. Sie belegen auch die hohe Effizienz dieser Ermittlungsmaßnahmen.“

Für den Ausschussvorsitzenden war die Erfolgsquote von 82 Prozent nicht unbedingt ein Gradmesser. Zum einen lägen die Voraussetzungen für eine Überwachung sehr hoch, zum anderen sei zu fragen, in wie vielen Fällen die Anklage dann tatsächlich wegen des mit der Überwachung auslösenden oder aber lediglich aufgrund eines im Zusammenhang mit der Überwachung

festgestellten anderen, viel geringeren Delikts erfolgt sei.

Der Minister bestätigte Orths Feststellung, es werde nicht versucht, „jeden Eierdieb per Telefonüberwachung fassen zu wollen“. Es handele sich, so ein Sprecher des Justizministeriums, bei den Delikten vorwiegend um bandenmäßige Betäubungsmittelkriminalität. Weitaus weniger Fälle hätten sich auf Mord und Totschlag, Raub und räuberische Erpressung, Hehlerei und Bandenhehlerei bezogen.

Peter Biesenbach (CDU) schlug zu prüfen vor, ob sich die höhere Zahl von Überwachungsmaßnahmen in Bayern und Baden-Württemberg nicht unter Umständen aus einer stärkeren polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Ermittlungstätigkeit als in NRW erklären lasse. Hans-Willi Körfges (SPD) warnte davor, die gesteigerte Ermittlungstätigkeit zum Gegenstand einer „überkritischen Debatte unter dem Motto: Gefahr des Rechtsstaates durch ein häufiges Abhören in Nordrhein-Westfalen? zu machen“. Im Übrigen sei die Verwertung der bei einer Überwachung zufällig gewonnenen Erkenntnisse zu so genannten anderen Komplexen in einem späteren Verfahren unzulässig.

Kniola hält Netz AG für verfassungswidrig

Öffentlicher Druck als letzte Hoffnung

Im Verkehrsausschuss berichtete in der von Manfred Hemmer (SPD) geleiteten Sitzung am 8. Februar der frühere Verkehrsminister Franz-Josef Kniola (SPD) zum Thema eines FDP-Antrags „Konzept der ehemaligen ‚Regierungskommission Bahn‘ zur Strukturreform der Bahn zügig umsetzen – Trennung von Netz und Betrieb“ (Drs. 13/319). Der FDP-Antrag wurde nach kurzer Aussprache mit der Mehrheit von SPD und GRÜNEN abgelehnt, obwohl die Fraktionen Übereinstimmung darin feststellten, dass das Bahnnetz und der Betrieb von Schienenverkehr getrennt werden müssen. Verkehrsminister Ernst Schwanhold hielt solche Anträge für nicht hilfreich im Hinblick auf die Verhandlungen in der Bund-Länder-Verkehrsmi- nisterkonferenz. Die zentrale Frage sei nicht die Trennung, sondern die Frage, wie das zu organisieren sei, etwa als Staatsbetrieb oder mit einem Träger.

Kniola äußerte sich zum Thema in drei Funktionen: als Zeitzeuge der Bahn-Privatisierung, als Mitglied der so genannten Pällmann-Kommission und als Vorsitzender der Kommission „Zukunft der Bahn in NRW“. Er erinnerte an das Zustandekommen der Bahnreform unter dem Druck der Integration der (Ost)Deutschen Reichsbahn bis Ende 1993 und hielt das Erreichte für gut. Der Kampf um die Länderinteressen sei mit der Übernahme des Schienenpersonennahverkehrs durch die Länder und befriedigender Finanzregelung erfolgreich verlaufen. Kniola erwähnte dann das Grundgesetz, das damals geändert worden sei, und die Verantwortung des Bundes für den Bau, die Unterhaltung und das Betreiben von Schienenwegen festgeschrieben habe.

„Der Bund gewährleistet, dass dem Wohl der Allgemeinheit, insbesondere den Verkehrsbedürfnissen, beim Ausbau und Erhalt des Schienennetzes der Eisenbahnen des Bundes sowie bei deren Verkehrsangeboten auf diesem Schienennetz, soweit diese nicht den Schienenpersonennahverkehr betreffen, Rechnung getragen wird.“
Artikel 87e, Satz 4 Grundgesetz

Das sei so nicht umgesetzt worden. Die Realität sei heute eine andere. Die heutige DB Netz AG sei nicht gesetzeskonform, sondern das Bahnnetz müsse im Mehrheitseigentum des Bundes bleiben. Dafür habe es seinerzeit eine Zweidrittelmehrheit gegeben. Auch einen Börsengang dieser Netz AG könne er sich beim dauerhaft defizitären Betrieb nicht vorstellen. Bei diesen Trassenpreisen sei privates Kapital nicht zu erwarten. Den Erfolg der Aufteilung der Bahn in einzelne Aktiengesellschaften (Mai 1999) sehe er bisher nicht. Seiner persön-

lichen Meinung nach müsse es zur Trennung von Netz und Betrieb kommen. Entscheidend sei ein neutraler Regulierer wie bei Post und Telekommunikation, der den diskriminierungsfreien Wettbewerb ermögliche. Kniola vermisste betriebswirtschaftliche Daten der DB Netz AG, die bis heute nicht in der Lage sei, die Kosten von Betrieb, Instandhaltung und Ersatzinvestitionen zu nennen. Die Finanzierungsvereinbarungen bei den drei Großprojekten (Knoten Berlin, ICE-Strecke Köln–Frankfurt, Bahnhof Stuttgart) hielt er für nicht verantwortlich. Das starke Signal der „Pällmann-Kommission“ zum Handeln sei verpufft. Jetzt sei eine öffentliche Diskussion nötig. Das Land NRW sei dagegen Vorreiter bei der Neuausrichtung des Schienenpersonennahverkehrs. In der Aussprache meinten auch Ausschussmitglieder, es müsse bald gehandelt werden, sonst gehe zuviel kaputt. Peter Eichenseher (GRUNE) lobte die guten Instrumente des Landes



Der frühere NRW-Minister Franz-Josef Kniola (r.) im Verkehrsausschuss neben Staatssekretär Jörg Henkerkes.
Fotos: Schälte

NRW wie den Trassensicherungsvertrag, der allerdings Ende 2001 auslaufe. Christof Rasche (FDP) sagte zum Antrag seiner Fraktion, die FDP wolle das Netz auch Dritten überlassen. Sein Kollege Dietmar Brockes hielt ebenfalls ein Signal aus dem NRW-Landtag für nötig. Günter Langen (CDU) stimmte einem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen grundsätzlich zu. Aber nachdem Gerhard Wirth (SPD) zwar Übereinstimmung in der Sache bekundet, aber noch erhebliche Lücken im FDP-Antrag bemerkt und auf ein umfangreiches Papier der SPD verwiesen hatte, blieben die Positionen im Ausschuss kontrovers, und die Mehrheit aus SPD und GRÜNEN lehnte den Antrag gegen die Stimmen von CDU und FDP ab.

Berufsverbände zum Personalhaushalt

Mehr halbe Stellen für junge Frauen

In der Anhörung zum Personalhaushalt 2001 in der von Vorsitzendem Helmut Stahl (CDU) geleiteten Sitzung des Unterausschusses Personal des Haushaltsausschusses nahmen die Sprecher der Berufsverbände noch zu weiteren Problemen Stellung (Fortsetzung des Berichts aus Ausgabe 1/2001).

Für den Deutschen Richterbund sprach Vorsitzender Johannes Nüsse die hohe Frauenquote von über 50 Prozent bei der Einstellung von Richtern und Staatsanwälten an. Er begrüße die erfolgreiche Frauenförderung. Das junge Alter erfordere aber mehr Halbtagsstellen. Der Landtag solle über Altersteilzeit bei Richterinnen und Staatsanwältinnen nachdenken, denn diese könne Abhilfe schaffen. Wolfgang Römer ergänzte die Stellungnahme des Deutschen Beamtenbunds (DBB) mit der Klage über ein Personaldefizit von 900 Strafvollzugsbediensteten und über einen Sockel von 500 000 Überstunden. Er wies auch auf die immer schwierigere Klientel hin, verbunden mit mehr Gewaltbereitschaft und Häufung von Drogendelikten. Von der Politik im Stich gelassen, fühlten sich besonders die Beschäftigten des gehobenen Dienstes im Vollzug und in der Verwaltung, für die es keine (Aufstiegs-)Perspektiven gebe, obwohl ihnen besondere Führungsqualitäten bescheinigt worden seien. Bernd Vallentin (ÖTV) sprach Probleme bei Bewährungshelfern, die Personallücken für die technische Ausstattung und im Bereich der Kanzlei- und Schreib-

dienste an. Bei Letzterem gehe es um etwa 2 000 bis 3 000 Angestellte mit jetzt auslaufenden Verträgen, vor allem Frauen um Mitte 30, und deren ungeklärter Lebensplanung. Er bemerkte zum Bereich Strafvollzug, mit den dort beschäftigten Menschen müsse genauso sorgfältig umgegangen werden wie im Bereich der Polizei. Zum Bereich Schule äußerte Andreas Meyer-Lauber für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Kritik an zwei Strukturen im Landtag, die getrennt über Qualität von Schule und Unterrichtsausfall und über den Haushalt berate, obwohl die Qualität von Schule auch mit überbelasteten Lehrkräften zu tun habe. Befristete Beschäftigungen passten nicht zu pädagogischer Arbeit. Die Stellenreserve solle endlich wieder eingeführt werden. Franz-Josef Rinkens (DBB) ergänzte die Forderung mit Kritik an Vertretungen aus dem Programm „Geld statt Stellen“ und an Instrumenten von außen, die keine Gestaltung von Eigenverantwortung an Schulen erlaube. Abschließend baten die Sprecher der Verbände um die Gelegenheit, auch zu den Haushaltsergänzungsvorlagen Stellung nehmen zu können.



Ausschussvorsitzender Manfred Hemmer (SPD, l.) und CDU-Sprecher Günter Langen beim Studium einer Unterlage.

Grubensicherheitsprobleme in Bochum (II)

Viele Zweiradfahrer in Bergbaubetrieben

Während der vom Vorsitzenden Peter Budschun (SPD) geleiteten Sitzung des Ausschusses für Grubensicherheit bei der Bergbau-Berufsgenossenschaft (BBG) am 26. Januar in Bochum (Bericht in der vorigen Ausgabe) ging es beim Thema Wegeunfälle auch um Zweiradfahrer. Die Zahl der Wegeunfallrenten sei bei der BBG sehr viel höher als in anderen Berufen, hatte Hauptgeschäftsführer Dr. Breuer mitgeteilt. Als Ursache sei festgestellt worden, dass die im Bergbau Beschäftigten sehr viel häufiger mit Motorrädern zur Arbeit fahren als andere Arbeitnehmer.

BBG-Sicherheitsingenieur Jülich berichtete dazu, es gebe noch keine Trainingsveranstaltungen für Rollerfahrer, deren Anzahl jedoch zunehme. Dabei handele es sich um eine besondere Problemgruppe, weil die Roller ein ganz anderes Fahrverhalten hätten als Motorräder. Rollerfahrer seien auch nicht mit der optimalen Schutzkleidung ausgestattet. Inzwischen habe die

BBG Schulungsunterlagen dazu hergestellt. In der Aussprache erkundigte sich Abgeordneter Wolfgang Roth (SPD) nach Ursachen für schwere Zweiradunfälle. Dr. Breuer antwortete, weder die Uhrzeit noch körperliche Belastungen spielten eine Rolle. Auch lasse sich nicht feststellen, dass auf dem Heimweg mehr Unfälle passierten als auf dem Weg zur Arbeit. Vorsitzender Bud-

schun (SPD) merkte an, vor allem 18- bis 24-Jährige führen mit dem Zweirad, und aus dieser Gruppe verliere jeder Vierte sein Leben durch einen Verkehrsunfall. Sehr hohe persönliche Risikobereitschaft sei dafür der Grund.

Fritz Kollorz (CDU) meinte zur Frage nach anderen Unfallursachen, es lasse sich weder verallgemeinern noch widerlegen, dass höherer Arbeitsdruck sich negativ auf die Arbeitssicherheit auswirke. Erich Manthey (IG Bergbau) ergänzte, Bergwerksschließungen wirkten sich vor allem auf den Krankenstand, weniger auf das Unfallgeschehen aus. Zusammenfassend äußerte sich Vorsitzender Budschun sehr erfreut über den positiven Trend bei den Unfällen im Bergbau, deren Zahlen mittlerweile sogar unter den Durchschnittszahlen der gesamten gewerblichen Wirtschaft liege. Das sei der Zusammenarbeit von Unternehmen, Genossenschaften, Betriebsräten und Belegschaftsmitgliedern zu verdanken.

Bundesstadt Bonn

Zentrum für GEO-Information

Standort für ein bundesweites Zentrum für GeoInformation (GI) soll Bonn werden. Das teilte Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) dem Ausschuss für Kommunalpolitik mit (Vorlage 13/454).

Gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden habe das Innenministerium NRW im vergangenen Jahr das Modellvorhaben GEOBASIS.NRW gestartet, berichtete Behrens dazu. Das Vorhaben sei auf großes Interesse bei Kommunen und

bei der Industrie gestoßen und habe den Aufbau eines Netzes von Geoinformationen zum Ziel. 20 kreisfreie Städte und Kreise, 20 GI-Unternehmen und einige Anbieter entwickelten und erprobten in fünf Projektteams („mit nennenswerter Unterstützung des Innenministeriums“) Standards und Konzepte.

Wachstumsmarkt Zukunftstechnologie

GEOBASIS.NRW sei eng gekoppelt mit dem Aufbau einer landesweiten Geodaten-Infrastruktur (GDI NRW). Mit der GDI soll der Zugang zu allen in NRW verfügbaren Geodaten privater und öffentlicher Anbieter über Internet ermöglicht werden. Mit den beiden

Vorhaben solle der sehr dynamische Wachstumsmarkt Geoinformation stimuliert werden.

Außerdem werde eine GmbH „Center for Geoinformation“ (CeGi GmbH) gegründet, die bundesweit und im europäischen Nachbarraum die gemeinsamen Interessen bündeln und als neutrale Plattform dienen solle. Nach Anschubfinanzierung von drei Jahren solle sich die GmbH selbst tragen. Geschäftsfelder seien: Data Warehouse, Acquisition, Koordinierung nationaler und internationaler Projekte, Qualifizierung und Zertifizierung. Fünfzehn Firmen sowie einzelne Behörden und Universitäten seien interessiert, als Gesellschafter der CeGi beizutreten. Als Standort für CeGi sei Bonn geplant. Mit diesen GI-Initiativen habe sich Nordrhein-Westfalen, stellt Behrens abschließend fest, an die Spitze der Entwicklung dieser Zukunftstechnologie gestellt.

Öffentliche Anhörungen der Ausschüsse

Mehrere Ausschüsse haben beschlossen, zu wichtigen Themen und Gesetzesänderungen den Sachverstand von Experten in öffentlichen Anhörungen einzuholen. Nachstehend eine Übersicht über die zurzeit vorgesehenen Anhörungen. Darüber hinaus plant der Verkehrsausschuss eine Anhörung zum neuen Luftverkehrskonzept der Landesregierung und (auf Antrag der Oppositionsfraktionen CDU und FDP) eine schriftliche Anhörung von Sachverständigen zu der in diesem Jahr notwendigen Änderung des Regionalisierungsgesetzes NRW.

Datum	Ausschuss	Thema	Uhrzeit
8. März	Hauptausschuss	Änderung der Landesverfassung (Volksbegehren/Volksentscheid)	10.00 Uhr
15. März	Ausschuss für Innere Verwaltung	Informationsfreiheitsgesetz	10.00 Uhr
4. April	Ausschuss für Umweltschutz/Raumordnung	Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinien in Nordrhein-Westfalen	10.00 Uhr
4. April	Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales	Änderung Maßregelvollzugsgesetz	10.00 Uhr –14.00 Uhr
25. April	Hauptausschuss/Landwirtschaftsausschuss	Tierschutz	13.00 Uhr
10. Mai	Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie	Kinder- und Jugendbericht	10.30 Uhr
11. Mai	Ausschuss für Frauenpolitik	Gesundheit von Frauen und Männern	10.00 Uhr
23. Mai	Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales	Landespflegegesetz	10.00 Uhr

In Mülheim-Mintard klagen Anwohner über zunehmende Fluglärmbelastung

Die erhöhte Fluglärmbelastung im Mülheimer Ortsteil Mintard sei darauf zurückzuführen, dass vom 24. Juli bis 4. August 2000 das Instrumentenlandesystem 23R für die Start- und Landebahn 05L/23R (Nordbahn/Parallelbahn) am Flughafen Düsseldorf auf Grund von Wartungs- und Reparaturarbeiten außer Betrieb gewesen sei.

In diesem zwölf-tägigen Zeitraum sei die Bahn 23R unter Nutzung eines VOR-DME-Verfahrens angefliegen worden, wobei Kurs- und Entfernungsinformationen von einem UKW-Drehfunkfeuer mit Entfernungsmessgerät auf dem Flughafengelände zwischen den beiden Start- und Landebahnen geliefert worden seien. Ein präziser Gleitpfad wie bei dem Instrumentenlandesystem stehe jedoch bei diesem Instrumentenanflugverfahren nicht zur Verfügung. Bei dem VOR-DME-Anflugverfahren zur Bahn 23R sei darüber hinaus die Anfluggrundlinie um fünf Grad gegenüber dem Instrumentenlandesystem 23R nach Norden verschwenkt. Gleichzeitig sei die Streuung um diese verschwenkte Anfluggrundlinie deutlich größer als bei Nutzung des Instrumentenlandesystems. Hierdurch sei es zu den häufigeren Überflügen über Mintard gekommen. Seitdem das Instrumentenlandesystem 23R am 5. August des Vorjahres wieder in Betrieb genommen worden sei, fänden diese Überflüge über Mintard nach den von der Deutschen Flugsicherung mit ihrem Betriebssystem FANOMOS gemachten Aufzeichnungen nicht mehr statt.

Flugsicherung konnte Lärmzunahme nicht erklären

Dies erklärte Wirtschafts- und Verkehrsminister Ernst Schwanhold (SPD) in seiner Antwort auf die Kleine Anfrage „Zunehmende Fluglärmbelastung in Mülheim-Mintard“ (Drs. 13/645) der GRÜNEN-Abgeordneten Peter Eichenseher und Barbara Steffens. Die Abgeordneten hatten auf Klagen über eine seit Sommer 2000 stark zunehmende Fluglärmbelastung in Mülheim-Mintard durch Landeanflüge auf den Flughafen Düsseldorf hingewiesen.

Die Bewohnerinnen und Bewohner des Ortsteils gäben übereinstimmend an, dass die Häufigkeit der Überflüge über dem Ortsteil sehr stark zugenommen habe. Hingegen hätten vor dem Sommer 2000 fast keine Überflüge stattgefunden. Auf einer Einwohnerversammlung, die sich mit dieser veränderten Lärmbelastung für den Ortsteil Mintard befasst habe, hätten die Vertreter der Deutschen Flugsicherung GmbH diese Lärmzunahme und das veränderte Anflugverhalten der Flugzeuge nicht erklären können und die beklagte Lärmzunahme als subjektives Wahrnehmungsphänomen bezeichnet. Eine Veränderung des Anflugverhaltens und der Anflugrouten habe nach den Aufzeichnungen der DFS nicht stattgefunden.



Preisverleihung der Aktion Waldjugendspiele

Die Preisverleihung der Aktion Waldjugendspiele, einer Gemeinschaftsaktion von Landesforstverwaltung und Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW), fand am 9. Februar im Landtag statt. Landtagspräsident Ulrich Schmidt (links hinten), Schirmherr der Aktion, gab die Gewinner bekannt. Er berichtete, die drei Hauptpreise gingen an die Gewinner-Klassen aus Brilon, Dorsten und Bergisch Gladbach. Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE, vorne mit Mikrofon) sowie der Landesvorsitzende der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, der frühere SPD-Abgeordnete Gerd Wendzinski (Mitte hinten), überreichten die Preise. Der Präsident verwies darauf, bei den Waldjugendspielen 2000 hätten 17 000 Schülerinnen und Schüler mitgemacht. Das seien mehr als 700 Schulklassen – und viel mehr als im Jahr davor. An die rund 130 anwesenden Schülerinnen und Schüler gerichtet, stellte Ulrich Schmidt fest: „Ihr seid begeisterte Umweltschützer. Das habt ihr mit eurer Teilnahme an den Waldjugendspielen gezeigt.“ Der Wald sei nicht mehr gesund. Er brauche Hilfe. „Ihr seid mit gutem Beispiel vorangegangen.“ Waldjugendspiele finden seit rund 25 Jahren meist im September und Oktober eines Jahres für alle Schultypen und Altersstufen vornehmlich aber für die 4. Klassen im Grundschulbereich statt. „Den Wald erleben und dabei spielerisch Wissen und Erfahrungen zu vermitteln, ist aus pädagogischer Sicht besonders geeignet, ein positives Naturverständnis in unserer Jugend zu wecken“, betont die SDW. Foto: Schälte



Antrittsbesuch beim Ministerpräsidenten

Mit seinem Vorsitzenden, dem ehemaligen Justizminister Dr. Rolf Krumsiek, machte der neue Vorstand der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Landtags NRW am 2. Februar 2001 seinen Antrittsbesuch in der Staatskanzlei. Dem Ministerpräsidenten wurde die Arbeit der Vereinigung und das Jahresprogramm 2001 vorgestellt. So finden in diesem Jahr statt: eine Informationsveranstaltung beim Westdeutschen Rundfunk, eine Studienfahrt vom 16. bis 20. Mai nach Rheinland-Pfalz mit Teilnahme am Verfassungstag, die Besichtigung eines Braunkohletagebau-Betriebes, ein Vortrag des Ministerpräsidenten und eine Weihnachtsfeier. Der Ministerpräsident zeigte sich erfreut über die Arbeit der Vereinigung und die Betreuung ehemaliger Kolleginnen und Kollegen des Parlaments. Das Bild zeigt v. l. Lukas Schaa, Hermann Kampmann, Dr. Rolf Krumsiek, Ministerpräsident Wolfgang Clement, Herbert Faust, Horst Sommerfeld, Karl-Ernst Strothmann, Hildegard Matthäus, Erika Rothstein, Dr. Fritz Bergmann und Erwin Pfänder.

Sachverständigenkommission zum Aufbau Ost legt ihren Abschlussbericht vor

Aktivitäten des Verbindungsbüros (Ost) hatten partiell staatliche Funktionen während des Übergangs

Die Sachverständigenkommission zum Aufbau Ost, die am 25. Februar 2000 vom Landtag Nordrhein-Westfalen beauftragt worden war, hat ihren Abschlussbericht vorgelegt (Drs. 12/4727). Der Bericht trägt die Überschrift: „Untersuchung und Bewertung der Hilfen des Landes Nordrhein-Westfalen in der ehemaligen DDR unter der besonderen Berücksichtigung der Arbeit des Verbindungsbüros Berlin (Ost) im Jahre 1990.“

Die im Zuge eines Bund-Länder-Geflechtes von Hilfsmaßnahmen durch Kabinettsbeschluss vom 23. Januar 1990 beschlossene Errichtung eines Verbindungsbüros in Ost-Berlin sei nicht zustande gekommen, um parteipolitische Zwecke zu verfolgen, sondern habe als Kontaktstelle für Firmen und Institutionen aus Nordrhein-Westfalen gedient, die Gesprächs- und Kooperationspartner in der ehemaligen DDR suchten. Zu diesem zentralen Ergebnis kommt die Sachverständigenkommission zum Aufbau Ost in ihrem am 24. Januar 2001 vorgelegten Abschlussbericht. Die Expertenkommission unter Vorsitz von Staatsminister a. D. Dr. Diether Posser konnte nach Auswertung der mündlichen Anhörungen und schriftlichen Anfragen keine einseitige vorsätzliche Bevorzugung einer Partei durch das im Wege eines Geschäftsbesorgungsvertrages mit der WestLB eingerichtete Verbindungsbüro feststellen. Auch der Vorwurf, die WestLB habe die brandenburgische SPD im Wahlkampf 1990 unterstützt, sei nach Ansicht der drei Wissenschaftler und der drei weiteren von den Landtagsfraktionen berufenen Kommissionsmitglieder nicht haltbar. Zurückgewiesen wurde darüber hinaus die Behauptung, das Verbindungsbüro sei beteiligt gewesen an der Verbringung von Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) nach Nordrhein-Westfalen und die Unterdrückung entsprechender Daten. Stattdessen sei festgestellt worden, dass Magnetbänder des MfS mit Gehaltslisten der hauptamtlichen Mitarbeiter des MfS im Zuge der Amtshilfe für die Volkskammer zum Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik in Düsseldorf gebracht worden seien, weil damals nur dort die technischen Voraussetzungen zur Lesbarmachung dieser Magnetbänder gegeben gewesen seien. Das Verbindungsbüro sei an diesen Vorgängen nicht beteiligt gewesen, und die eingesetzte Kommission habe auch keine Aktenunterdrückung feststellen können. Auch nachdem am 1. Dezember 1989 der Führungsanspruch der SED aus der Verfassung gestrichen worden war, hätten weder eigenständige unabhängige Parteien noch demokratisch durch freie Wahlen legitimierte Fraktionen existiert. Vor dem Hintergrund dieses zeithistorischen Kontextes müsse die Tätigkeit des Verbindungsbüros Berlin (Ost) gesehen werden, denn es sei das Ziel der Arbeit gewesen, unzweideutig demokratische Parteien und Gruppierungen im Sinne des Grundgesetzes und der wertebundenen freiheitlich-pluralistischen Demokratie zu unterstützen. Damit sollten nach Aussage der Kommission für diese neuen politischen Kräfte bessere Start-

bedingungen bei den in Aussicht stehenden freien Wahlen geschaffen werden. Die Aktivitäten des Verbindungsbüros hätten zudem partiell staatliche Funktionen während der Zeit des politischen Übergangs ersetzt. Bei Wahlen sei dieser staatliche Bereich mit dem parteipolitischen untrennbar miteinander verwoben, denn aus der Perspektive „Staat“ gehe es bei Wahlen um die Rechenschaftslegung der Regierung, deren Legitimation durch den Wahlakt oder die Ablösung durch die Opposition. Die Kommission musste sich daher der Frage stellen, ob durch die nachgewiesene fachliche Zuarbeit von nordrhein-westfälischen Ministerien sowie die Abordnung von Frau Tenkhof in das Büro des SPD-Spitzenkandidaten Manfred Stolpe bei der Landtagswahl 1990 in Brandenburg staatliche Funktionen unterstützt worden seien, die Stolpe als Wahlkandidat wahrgenommen habe, oder lediglich die parteipolitischen Funktionen. Es sei zu bedenken, so die Expertenkommission, dass Stolpe zu dem Zeitpunkt der Landtagswahl weder Regierungschef noch Oppositionsführer gewesen sei und damit keine Funktionen ausgeübt habe, die staatliche Unterstützung gerechtfertigt hätten. Da es diese beiden Ämter jedoch vor der Wahl noch gar nicht gegeben habe, erscheine auch die Anwendung dieses formalen Maßstabes als fragwürdig. „Im Ergebnis bleibt festzuhalten, dass aufgrund der Desintegration des politischen Systems der DDR und der Neubildung von Ländern das Entstehen einer Grauzone zwischen parteipolitischer und Verwaltungshilfe unvermeidbar war.“

Politische Formationen

Unter den Bedingungen des politisch-institutionellen Umbruchs, unter denen der demokratische politische Prozess neu organisiert werden musste, hat das Verbindungsbüro auch Aufgaben wahrgenommen oder deren Wahrnehmung organisiert, die unter Bedingungen eines intakten Parlamentarismus von politischen Parteien wahrgenommen werden und im Rahmen der staatlichen Parteienfinanzierung zumindest teilweise aus öffentlichen Kassen finanziert werden“, heißt es in dem Bericht. Für nicht gerechtfertigt hält die Kommission jedoch die Finanzierung der Tätigkeit von Frau Tenkhof aus öffentlichen Mitteln während der Zeit ihrer Abordnung in das Büro Stolpe, auch wenn man darin keinen vorsätzlichen Versuch sehe, einer Partei nicht gerechtfertigte Vorteile zu verschaffen.

Ausführlich erörtert die Kommission in ihrem Abschlussbericht den Umstand, weshalb die Tätigkeiten des Verbindungsbüros von den Bürgerbewegungen so gut wie gar nicht wahrgenommen worden seien. Dies sei von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei den Landtagsdebatten zum Thema kritisch hinterfragt worden, da doch gerade die neu entstandenen politischen Formationen durch das Verbindungsbüro Unterstützung erfahren sollten. Die Kommission sieht

die Tatsache, dass es zwischen Verbindungsbüro und Bürgerbewegungen ausschließlich Informationsgespräche gegeben habe, in dem Selbstverständnis dieser politischen Gruppierungen begründet. Bei der anzustrebenden Staats- und Gesellschaftsordnung seien die Gründer und Sympathisanten des „Neuen Forums“ wie von „Demokratie Jetzt!“ und weiterer Oppositionsgruppen des SED-Systems basisdemokratischen Vorstellungen und dem „Traum vom Dritten Weg“ verhaftet geblieben. Das „Neue Forum“ habe sich nicht vom Sozialismus verabschiedet oder gar den westlichen Kapitalismus übernehmen wollen. Vielmehr sollten die „guten, wirklich sozialistischen Merkmale der DDR“ in einem von der Bundesrepublik unabhängigen, zweiten deutschen Staat weiterentwickelt werden, erklärt die Kommission.

Im Januar 1990 habe das „Neue Forum“ die Möglichkeit der Errichtung eines demokratischen Sozialismus weiterhin befürwortet. „Erneut wurde die tief sitzende Aversion gegenüber traditionellen Parteien zum Ausdruck gebracht, die, so argumentierte man, nur die individuellen Initiativen lähmen würden und die demokratische Mitwirkung blockierten“, heißt es in dem über 80 Seiten umfassenden Abschlussbericht. Auch nach der Entwicklung des „Neuen Forums“ und anderen Gruppierungen hin zum BÜNDNIS 90 habe man auf die Unabhängigkeit des Bündnisses von jeder westdeutschen Partei – einschließlich der westdeutschen GRÜNEN – gepocht. Die Kommission zitiert dazu Wolfgang Ullmann, ein Gründungsmitglied der Initiative „Demokratie Jetzt!“: „Wir haben keine Partner und sind stolz darauf.“ Es wäre ein „sonderbares Demokratieverständnis, wenn wir uns von bundesdeutschen Politikern sagen lassen müssten, was wir wollen.“ Aus dieser Grundhaltung heraus kommt die Kommission zu dem Schluss: „Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass sich in den Unterlagen des Verbindungsbüros und in den Aussagen der Mitarbeiter des Büros kaum Angaben über die Zusammenarbeit mit den Bürgerbewegungen und den ostdeutschen GRÜNEN finden. Dies ist allerdings weniger in der Ablehnung des Büros gegenüber diesen Bewegungen zu begründen, sondern eher im Selbstverständnis dieser Gruppen.“

Junge Forscher ausgezeichnet

Dr. Anna Skriver und Christoph Heuter M. A. erhielten in diesem Jahr das Paul-Clemen-Stipendium des Landschaftsverbands Rheinland für ihre Doktorarbeiten. Die Dissertation von Dr. Skriver befasste sich mit der Taufkapelle von St. Gereon in Köln und der Wechselwirkung zwischen Architektur und Farbfassung spätstaufischer Sakralräume im Rheinland. Christoph Heuter behandelte den rheinisch-westfälischen Industriearchitekten Emil Fahrenkamp. Die Laudationes hielt Landtagsabgeordneter Winfried Schittges (CDU) als Vorsitzender des Landschaftsverbands, der auch die Stipendien überreichte.

Drei Wochen Schülerbetriebspraktikum – Begegnungen mit der Politik

Philipp machte seine Arbeit im Landtag nicht ‚umsonst‘

Der knapp 16-jährige Schüler Philipp Kolb aus Ratingen, der die zehnte Klasse des Heinrich-Heine-Gymnasiums in Mettmann-Metzkausen besucht, absolvierte ein dreiwöchiges Praktikum im Landtag. Über seine Erfahrungen hat er einen Bericht verfasst, den „Landtag intern“ an dieser Stelle wiedergibt.

„Vom 8. Januar bis zum 26. Januar 2001 habe ich ein dreiwöchiges Schülerbetriebspraktikum in der Verwaltung des Landtags Nordrhein-Westfalen im Referat „Öffentlichkeitsarbeit“ gemacht. Dabei habe ich viele neue Erfahrungen sammeln können und auch einen Einblick in den Ablauf der Politik des Landes Nordrhein-Westfalen gewonnen.

Als ich vor der Wahl eines Praktikumsplatzes für mein dreiwöchiges Schülerbetriebspraktikum stand, kam mir die Idee, mein Praktikum beim Landtag Nordrhein-Westfalen zu machen. Ausschlaggebend dafür war vor allem mein politisches Interesse. Also bewarb ich mich bei der Landtagsverwaltung, und nur wenige Tage später wurde mir ein Praktikumsplatz in der Verwaltung des Landtags Nordrhein-Westfalen im Referat „Öffentlichkeitsarbeit“ zugesagt. Die erste Station während meines Praktikums war die Pressedokumentation. Dort habe ich erfahren, wie die Presseschau des Landtags Nordrhein-Westfalen erstellt wird, die vor allem der Information der Abgeordneten dient, da in ihr alle landespolitischen Beiträge sowie alle anderen für die Abgeordneten relevanten Artikel der regionalen und auch der überregionalen Zeitungen zusammengestellt werden. In sehr entspannter Atmosphäre konnte ich dort die einzelnen Schritte vom Lektorat der Zeitungen bis zur fertigen Presseschau verfolgen. Dabei konnte ich beim Lektorat selbst die Zeitungen nach Artikeln durchsuchen, die ich für die Abgeordneten für relevant hielt. Nach dem

Lektorat konnte ich den Mitarbeitern der Pressedokumentation auch beim Scannen der einzelnen Zeitungsseiten, die Artikel enthielten, helfen und danach die Artikel am Computer für die Presseschau schneiden.

Es war sehr interessant, einmal den kompletten Weg der Gestaltung der Presseschau mitzuverfolgen und vor allem dabei auch aktiv mitwirken zu können. Somit gewann ich einen guten Einblick in die tägliche Arbeit der Mitarbeiter der Pressedokumentation.

Die zweite Station meines Praktikums war „Landtag intern“. Dort konnte ich wieder etwas ganz Anderes machen, da ich in diesem Bereich der Öffentlichkeitsarbeit selbst für die Zeitschrift „Landtag intern“ schreiben durfte. Dabei nahm ich an Ausschusssitzungen und Plenarsitzungen teil, um mich danach an einer schriftlichen Darstellung besonders interessanter Tagesordnungspunkte zu versuchen. Dazu durfte ich auch die umfangreiche Bibliothek des Landtags Nordrhein-Westfalen nutzen, und natürlich standen mir die Mitarbeiter von „Landtag intern“ stets mit Rat und Tat zur Seite. Besonders motivierend dabei war, dass einige Artikel auch in „Landtag intern“ veröffentlicht wurden und man somit nicht „umsonst“ gearbeitet hatte. Zudem konnte ich einen Einblick in das landespolitische Geschehen gewinnen und habe in zahlreichen Gesprächen viele Landtagsabgeordnete persönlich kennen gelernt. Außerdem konnte ich während meines Praktikums bei „Landtag intern“ auch die redaktionellen Vorbereitungen für Ausschusssitzungen oder Plenarsitzungen des Landtags miterleben.

Zum Abschluss meines Aufenthaltes bei „Landtag intern“ nahm ich an einem Termin der Landespressekonferenz zum Thema „Landesprogramm ‚Initiative ergreifen‘ – Förderung von Sozial-, Kultur- und Bürgerengagement“ teil, bei der unter anderem

der Minister für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport, Dr. Michael Vesper, den Journalisten Rede und Antwort stand. Interessant dabei war vor allem, dass man die anwesenden Politiker im kleinen Kreis und aus nächster Nähe mit den Journalisten diskutieren sehen konnte, was normalerweise ja nicht ohne Weiteres möglich ist.

Während meines Praktikums in der Landtagsverwaltung habe ich auch an Führungen des Besucherdienstes teilgenommen. Dabei habe ich die Vorbereitungen für den Besuch von Schüler- oder aber auch Seniorengruppen verfolgt und die Gruppen bei ihrem Besuch durch den Landtag begleitet. Hierbei fiel mir vor allem auf, dass die Mitarbeiter beim Besucherdienst bei unterschiedlichen Zielgruppen auch ganz andere Schwerpunkte in ihren Vorträgen über den Landtag setzen müssen, damit sie bei den Zuhörern ankommen und auch richtig verstanden werden.

Mein Schülerbetriebspraktikum bei der Landtagsverwaltung war also sehr interessant. Da ich überall voll mitarbeiten durfte und von den Mitarbeitern der Landtagsverwaltung immer behutsam in die Arbeit eingeführt wurde und sie mir bei Fragen oder Problemen gerne weiterhalfen, habe ich einen guten Einblick in die Berufswelt gewonnen. Dabei habe ich verschiedene Berufsfelder kennen gelernt, wodurch die Zeit sehr schnell verging. Beeindruckend war auch die Atmosphäre in dem architektonisch sehr anspruchsvollen Gebäude des Landtags Nordrhein-Westfalen, vor allem an Tagen, an denen Plenarsitzungen stattfanden und man somit ständig Journalisten, Besuchergruppen und natürlich auch Politikern begegnete. Meine Erfahrungen waren also durchweg positiv. Somit hat sich das Schülerbetriebspraktikum für mich sehr gelohnt, und die drei Wochen Praktikum waren für mich eine schöne und auch gut genutzte Zeit.“

Philipp Kolb

Karin Jung lud Studenten aus Uljanowsk in den Landtag ein

Russische Studentinnen und Studenten aus Uljanowsk in der Russischen Föderation, die an der Duisburger Universität studieren, haben auf Einladung der SPD-Abgeordneten Karin Jung, Einblick in die Arbeit des nordrhein-westfälischen Landtags bekommen. Auf das Studium in Duisburg werden die Studenten im Russisch-Deutschen Institut vorbereitet, das der frühere SPD-Landtagsabgeordnete Helmut Kupski mit der Staatsuniversität in Uljanowsk gegründet hat. Kupski ist Vorsitzender der Gesellschaft zur Förderung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Russland (Deutsch-Russische Gesellschaft) mit Sitz in Krefeld. Dem Vorstand gehören ferner der frühere Rektor der Gerhard-Mercator-Universität/Gesamthochschule Duisburg, Professor Dr. Gernot Born als stellvertretender Vorsitzender sowie Helmer Raitz von Frenzt und Klaus Schilbach an.



Der britische Generalkonsul in Nordrhein-Westfalen, Boyd McCleary (l.), hat dem Landtag einen Antrittsbesuch abgestattet und ist von Landtagspräsident Ulrich Schmidt (r.) empfangen worden. Foto: Schälte

SPD-Fraktion

Engagement wird anerkannt: Mehr Geld für den Sport

Nach dem Willen der SPD-Landtagsfraktion werden die im Haushaltsentwurf der Regierung vorgeschlagenen Ansätze für den Vereinssport deutlich erhöht. Aus den dem Land zufließenden Erträgen der Oddset-Wette werden der Westdeutsche Fußballverband und seine Regionalverbände zusätzlich eine Million Mark für ihre Sportschulen und Sportheime erhalten. Um 250 000 Mark auf 1 210 000 Mark werden die Zuschüsse für die Entwicklung des Breitensports aufgestockt. 8,8 Millionen Mark gehen an die Sportstiftung NRW zur Förderung des

Nachwuchsleistungssports in Nordrhein-Westfalen. Die Zuschüsse für Investitionen der Vereine, vor allem für den Bau, die Modernisierung und Erweiterung von Sportstätten, werden um 6,5 Millionen Mark auf mehr als 13,5 Millionen Mark erhöht. Damit werden diese Gelder für die Vereine im Vergleich zu den Vorjahren fast verdoppelt. Ina Meise-Laukamp, sportpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion: „Die Vereine leisten unter erheblichem Einsatz von eigener Arbeit und eigenem Geld einen großen Beitrag zur Verbesserung der Sportinfrastruktur im Land. Dies wollen wir zusätzlich fördern. Nun können deutlich mehr von den Vereinen geplante Projekte im Jahr 2001 verwirklicht werden.“ Ein Wunsch der sportpolitischen Sprecherin ist auch, dass ein Teil der zusätzlichen Gelder für den Aufbau eines Beratungssystems beim Landes-SportBund eingesetzt wird. Durch Beratung bei Planung und Hilfestellung bei den Antragsstellungen

sollen die Vereine unterstützt werden und die Arbeit der ehrenamtlichen Vorstände erleichtert werden.

★

Für die Betreuung von Flüchtlingen sollen die Kommunen auch in diesem Jahr ausreichend Fördermittel des Landes erhalten. Das erklärte der innenpolitische Sprecher der SPD im Landtag, Jürgen Jentsch. Danach sollen die Landeszuweisungen wie im Vorjahr wieder 4,35 Millionen Mark betragen. Die erfolgreiche humanitäre Arbeit in den 62 Beratungsstellen und psychologischen Stellen für die Flüchtlingsbetreuung sei damit gesichert. „Die SPD-Fraktion hat sich mit großem Engagement dafür eingesetzt, dass es hier zu keiner Mittelkürzung gekommen ist“, hob Jentsch hervor. Er kündigte an, mit den Wohlfahrtsverbänden sollen noch in diesem Jahr neue Modelle für die künftige Flüchtlingsbetreuung diskutiert werden.

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen

CDU-Fraktion

Stiftungshochschulen in NRW möglich und sinnvoll

Die CDU setzt sich dafür ein, endlich Modellvorhaben zur Gründung von Stiftungshochschulen in NRW zu entwickeln und zügig umzusetzen. Ein solches Modell hat zum Ziel, die Autonomie von Hochschulen zu fördern, den Wettbewerb der Hochschulen untereinander zu intensivieren und die Finanzierung durch privates Engagement auszubauen. Langfristig bedeutet das einen enormen Qualitätsgewinn für die Hochschullandschaft NRW. Auf Antrag der CDU-Landtagsfraktion fand dazu im Düsseldorf Landtag eine Anhörung von rund 20 Experten zum Antrag der CDU-Fraktion statt. Neben anderen erläuterten der Vorsitzende der Landesrektorenkonferenz, Professor Dr. Dietmar Petzina (Ruhr-Universität Bochum), der Rektor der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf, Professor Dr. Kaiser, Professor Dr. Manfred Erhardt, Ge-

neralsekretär des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft, ferner die Landesrektorenkonferenz der Fachhochschulen, der Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft und Kultur in Niedersachsen und das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) ihre Vorstellungen und Ziele, die sie mit einem solchen Modell verbinden. Der einhellige Tenor aller Beteiligten lautete: Die Umwandlung staatlicher Hochschulen in Stiftungshochschulen stellt ein viel versprechendes Modell dar. Um solche Modelle verwirklichen zu können, gibt es bereits verschiedene Ansätze: In Niedersachsen sollen durch ein neues Landeshochschulgesetz die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, die gesamte Hochschullandschaft Niedersachsens in Stiftungsmodelle umzuwandeln. Der entsprechende Gesetzentwurf sieht vor, dass der Staat zunächst als Stifter auftritt. Ein anderes Modell – Hochschule als Stiftung privaten Rechts – ist am Beispiel der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf entwickelt worden. Prof. Dr. Kaiser, ihr Rektor, betonte im Rahmen der Anhörung, dass er zu einer Umwandlung seiner Hochschule in eine Stiftungshochschule bereit sei. In einer ersten Phase werde der Staat als Stifter fungieren. Längerfristig sollen die staatlichen Mittel weitgehend durch private ersetzt werden. Die Hochschullandschaft USA zeigt allerdings, dass die Finanzierung einer Univer-

sität rein aus privaten Stiftungsvermögen möglich ist. Auch die Landesrektorenkonferenz NRW steht der Schaffung einer gesetzlichen Grundlage zur Einrichtung von Stiftungshochschulen positiv gegenüber. Die Vorteile liegen auf der Hand: Stiftungshochschulen werden zur notwendigen Vielfalt der NRW-Hochschullandschaft beitragen.

Eine Stiftungshochschule muss ständig um die besten Studierenden und Lehrenden werben, um durch Spitzenleistungen für private Geldgeber attraktiv zu sein. Die privatrechtliche Stiftungshochschule ist eine sichtbar staatsferne Hochschule. Auch deshalb wird sie private Vermögen eher anziehen. Als Gesellschaftsform wird eine gemeinnützige GmbH vorgeschlagen.

Das Stiftungsrecht in Deutschland muss erheblich verbessert werden. Eine Verfünfachung des abzugsfähigen Spendenbetrages und eine Halbierung des Steuersatzes ist anzustreben. Die Landesregierung sollte endlich die gesetzlichen Grundlagen für Stiftungshochschulen schaffen und auf die Ratschläge der Experten hören: „Von unserer künftigen Hochschulpolitik hängt es ab, auf welcher Marktseite sich NRW und auch die Bundesrepublik zukünftig befinden – auf der Anbieter- oder auf der Nachfragerseite des globalen Wissensmarktes“ (Konrad Schilly).

FDP-Fraktion

Freie Grundschulwahl ermöglichen und Elternrecht stärken

Für die freie Wahl des Grundschulstandortes hat sich die FDP-Landtagsfraktion ausgesprochen. Bislang legten kommunale Schulbezirke rigide fest, welcher Schulort bei der Einschulung zu besuchen ist, kritisierte der bildungspolitische Sprecher Ralf Witzel. In der freien Schulwahl sieht er eine notwendige Stärkung des Elternwillens: „Das bestehende Wahlrecht für weiterführende Schulen muss auch für den Primarbereich gelten. Das aktuell laufende Einschulungsverfahren zeigt in vielen Städten, dass auch in diesem Jahr wieder nur aufgrund hausnummernweiser Schulzuordnungen mit Schulbeginn jahrelange nachbarschaftliche Freundschaften aus-

einandergerissen werden. Das ist grotesk, wenn auch in einer anderen benachbarten Grundschule noch Aufnahmekapazität besteht.“

Die Liberalisierung der Grundschulwahl sei eine folgerichtige Konsequenz der von Rot-Grün immer wieder propagierten Schulprofilbildung. Witzel: „Die auch von uns gewollte Herausbildung spezifischer Schulprofile macht aber keinen Sinn, wenn man die Nachfrageseite bei der schulischen Angebotswahl ausschaltet. Eine sachgerechte Evaluation schulischer Angebote wird bei einer Fortführung der Zwangszuweisung von Schülern scheitern.“

Frauenpolitikerin Capune-Kitka: Antidiskriminierungsprogramm für Männer

Kritik an der Frauenförderpolitik der Landesregierung hat die frauenpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion Brigitte Capune-Kitka geübt. Die Frauenförderprogramme beließen den Mann in seiner alten Rolle. Er werde damit in die Enge getrieben und könne sich nicht in ein notwendiges neues Männerbild

integrieren. „SPD und GRÜNE sind hier konservativ und vertreten alte Politikbilder. Sie haben sich nicht von tradierten Familienbildern gelöst“, warf Capune-Kitka den regierenden Parteien in NRW vor.

Die praktizierte Frauenförderung müsse sich mit Angeboten an Frauen und Männer richten. „Wir brauchen den modernen Mann, der freudig und ohne Probleme nicht nur an der Arbeitswelt partizipiert, sondern auch wesentliche Aufgaben der Familienarbeit und Erziehung übernimmt. Das heißt überspitzt: Wir brauchen eine Antidiskriminierungskampagne für Männer. Seit längerem sei bekannt, dass die Arbeitswelt der Zukunft lebenslanges Lernen und Flexibilität von den Menschen verlangt. „Das ist die Chance, Lebensplanung, berufliche Perspektiven, Familienarbeit und gesellschaftliches Leben in einem gleichgestellten Miteinander von Mann und Frau zu realisieren.“ Aufgabe des Staates sei es nicht, Erziehung und Pflege zu übernehmen, sondern die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit dieser Aufgaben zu schaffen.

DIE GRÜNEN-Fraktion

Integrationskonzept vorgestellt

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellen sich der Aufgabe einer offensiven Integrationspolitik. Dies gilt gleichermaßen für Menschen, die bereits hier leben, und Menschen, die zu uns kommen werden. Dass uns Einwanderung aus verschiedensten Gründen gut tut, ist inzwischen Allgemeingut – zumindest bei denjenigen, die sich der Debatte ohne ideologische Scheuklappen stellen. Es ist überfällig, die politischen und gesellschaftlichen Bedingungen für Einwanderung zu schaffen. Das Zusammenleben verschiedener Kulturen in unserer Gesellschaft ist schlicht und ergreifend bereits heute eine Tatsache. Politik und Gesellschaft haben

die Aufgabe, für alle zu akzeptierende Übereinkünfte zum Zusammenleben zu organisieren und zu gestalten. Dabei besteht ein legitimes Interesse, dass Menschen, die zu uns kommen, die Regeln unseres Zusammenlebens beachten. Dazu gehört natürlich auch das Erlernen unserer Sprache.

Früher haben unsere Vorfahren das Land nur verlassen, um andere zu überfallen. Das gehört glücklicherweise der Vergangenheit an. Heute reisen wir selbstverständlich in andere Länder und machen uns mit den verschiedensten Kulturen vertraut. Im Zeitalter der Globalisierung dürfen wir keine Debatten mehr führen, die am Tellerrand aufhören. Wir müssen aktiv alle Chancen und Potentiale aufgreifen, die uns die Zuwanderung bietet. Wir brauchen ein neues Denken in der Zuwanderungspolitik: Internationalität muss als Qualitätsmerkmal einer Gesellschaft verstanden werden. Beispiele, wo dieses neue Denken schon Qualität bedeutet:

In der Wirtschaftspolitik ist es ein Qualitätsmerkmal, wenn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehrere

Sprachen sprechen, andere Kulturen verstehen oder im Ausland studiert haben. Frankreich ist heute auch deshalb im Weltfußball führend, weil es verschiedene Kulturen in die Nationalmannschaft integriert hat.

Der Prozess der europäischen Einigung ist schon weit gediehen. Er wird aber nur dann gelingen, wenn auch die Grenzen in den Köpfen fallen.

In Nordrhein-Westfalen haben wir das Potential, das Internationalität ein Qualitätsmerkmal für NRW wird. Wir haben z.B. eine ganze Generation von Menschen, für die Mehrsprachigkeit eine Selbstverständlichkeit ist, die in zwei Kulturen aufgewachsen ist und verwandtschaftliche Brücken in andere Länder hat. Dies gilt es doch, aktiv aufzugreifen. Wenn man sich diese Zusammenhänge vergegenwärtigt, liegen die Schlussfolgerungen für eine erfolgreiche Integrationspolitik auf der Hand. Dies hat die Fraktion im Integrationskonzept zusammengetragen.

Die vollständige Fassung ist in unserem Internetangebot unter www.gruene.landtag.nrw.de abzurufen.

Personalien

Erwin Siekmann (SPD), Landtagsabgeordneter, begeht am 9. März seinen 65. Geburtstag. Geboren 1936 in Bochum, lebt der stellvertretende Geschäftsführer heute in Dortmund. 1954 Lehrabschluss als Sozialversicherungsfachangestellter, war er von 1958 bis 1961 Zweigstellenleiter bei der Barmer Ersatzkasse und erledigte bis 1966 Sonderaufgaben bei der Betriebskrankenkasse Stahlwerk Bochum AG. 1963 und 1966 legte er die Erste und Zweite Verwaltungsprüfung zum Krankenkassenbetriebswirt ab und studierte anschließend sechs Semester beim DGB. Von 1967 bis 1990 war er Abteilungsleiter, zuletzt Hauptabteilungsleiter der Betriebskrankenkasse Hoesch und seit 1991 deren stellvertretender Geschäftsführer. Der SPD gehört Erwin Siekmann seit 1972 an. Von 1979 bis 1995 amtierte er als finanzpolitischer Sprecher der SPD im Rat der Stadt Dortmund und gehörte verschiedenen Ausschüssen an. In den Landtag zog er 1995 ein und ist ordentliches Mitglied im Haushalts- und Finanzausschuss, im Ausschuss für Kommunalpolitik, stellvertretender Vorsitzender im Unterausschuss „Personal“ des Haushalts- und Finanzausschusses und Sprecher seiner Fraktion im Unterausschuss „Landesbetriebe und Sondervermögen“ des Haushalts- und Finanzausschusses. Erwin Siekmann ist verheiratet und hat zwei Kinder.

★

Ruprecht Polenz, Bundestagsabgeordneter, ist erneut zum CDU-Kreisvorsitzenden in Münster gewählt worden. Polenz war im April 2000 zum Generalsekretär seiner Partei ernannt worden. Bereits sieben Monate später gab er sein Amt an den NRW-Landtagsabgeordneten **Laurenz Meyer** ab.

★

Mark Herter, 24-jähriger Jurastudent aus Hamm, ist in Gelsenkirchen zum neuen Landesvorsitzenden der Jungsozialisten (Jusos) in der SPD gewählt worden.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
 Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
 Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
 Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
 Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (02 11) 8 84 23 03,
 8 84 23 04 und 8 84 25 45, T-Online: *56801#, FAX
 8 84 30 22
 Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Dr. Hans Zinnkann, stellvertretender
 Pressesprecher des Landtags
 Redaktionsbeirat: Carina Gödecke MdL (SPD),
 Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt
 MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer;
 Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamen-
 tarische Geschäftsführerin; Johannes Rimmel
 MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführ-
 er; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent;
 Notker Becker (CDU), Pressesprecher; Michael
 Block (FDP), Pressesprecher; Rudolf Schumacher
 (GRÜNE), Pressesprecher.
 Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
 Herstellung und Versand: Tritsch Druck und Ver-
 lag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26
 ISSN 0934-9154
 Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>
 LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend her-
 gestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche

*Er ist als 29-Jähriger ein Repräsentant jener jungen Generation unter den nordrhein-westfälischen Landtagsabgeordneten, die selbstbewusst und undoktrinär die Gesellschaft mitgestalten wollen: der Freidemokrat Dietmar Brockes. Und weil nach Überzeugung des gebürtigen Nettetalers jeder Einzelne einen möglichst großen Frei-
 raum erhalten sollte – ohne den des anderen einzuschränken, trat er genau zu seinem 19. Geburtstag der FDP bei. In dieser Partei sieht er die größte Chance, sein politisches Ziel zu realisieren.*

Nach dem Abitur absolvierte Dietmar Brockes eine kaufmännische Ausbildung im Großhandel, doch schon bald danach studierte er Betriebswirtschaft an der Fachhochschule im niederländischen Venlo. Parallel zu seinem Studium machte er sich, animiert von seinem Bruder, selbständig – als so genannter Internet-Dienstleister, der Unternehmen im Internet präsentiert. Aus dem ersten Auftrag wurden sehr schnell weitere. Inzwischen hat sich der Rheinländer auf den Event-Bereich spezialisiert, richtet so genannte Marktplätze zu einzelnen Themen ein.

Schon früh engagierte sich der Brüggener in der Kommune, war aktiv in der katholischen Jugend tätig. Er organisierte u. a. Veranstaltungen und Konzerte. Doch schließlich erkannte er, dass man mit seinen lokalen Aktivitäten „an die Grenze stößt“. So trat er der FDP bei, war zunächst bei den Jungen Liberalen tätig und wurde deren Vorsitzender im Kreis Viersen. „Man ist bei uns sehr früh auch in die Parteiarbeit eingebunden“, begründet Dietmar Brockes seinen zügigen Aufstieg zum stellvertretenden Kreisvorsitzenden, seine Berufung in den FDP-Landesvorstand vor drei Jahren und schließlich im März dieses Jahres seine Wahl zum niederrheinischen Bezirkschef.

Die niederrheinischen Parteifreunde wählten ihn auch auf Platz 1 ihrer Vorschlagsliste für die Landtagswahl-Kandidaten. Mit Platz 8 auf der FDP-Landesliste rückte der Brüggener dann sicher im Mai in den Düsseldorfer Landtag ein. Seine Fraktion berief ihn in den Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik sowie in den Verkehrsausschuss.

Für den Liberalen ist es sehr wichtig, dass im europäischen Einigungsprozess die Interessen der Regionen stärker berücksichtigt werden und mehr Einfluss erhalten, „damit die Entscheidungen in Brüssel möglichst na-



Dietmar Brockes (FDP)

he am Bürger getroffen werden“. Für nicht minder wichtig hält er eine Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen in den EU-Staaten. In diesem Zusammenhang ist das Lamentieren der deutschen Politiker über Wettbewerbsverzerrungen durch andere Länder für ihn unglaublich, wo doch die Bundesrepublik mit den Milliarden-Kohle-Subventionen selbst in den Markt eingreift.

Im Verkehrsbereich macht sich Dietmar Brockes für eine Erweiterung der grenzüberschreitenden Verkehrsverbindungen stark, so beispielsweise eine Anbindung Antwerpen–Ruhrgebiet („Eiserner Rhein“). Im Schienenverkehr fordert er mehr Wettbewerb, eine Trennung von Netz und Betreibern, und nennt die Schweiz als Vorbild. Entscheidend seien konkurrierende Anbieter auf der Schiene, damit der Transport von Personen und Gütern endlich kostengünstig, servicefreundlich und pünktlich werde. Nur dann würden die Menschen vom Auto auf die Bahn umsteigen, nur dann würden mehr Spediteure ihre Transporte auf der Schiene abwickeln.

Körperlich fit hält sich der FDP-Abgeordnete insbesondere beim Inline-Skating und Badminton. Zwar hat er inzwischen die Fußballschuhe an den Nagel gehängt, doch auch als passives Mitglied von Borussia Mönchengladbach nimmt er teil an den Höhen und Tiefen des niederrheinischen Rennmeevereins. Jochen Jurettko

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muss nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.)

Zur Person

Geburtstagsliste

Vom 21. Februar bis 11. März 2001

- 21.2. **Gerda Kieninger** (SPD), 50 J.
 22.2. **Dorothee Danner** (SPD), 52 J.
 23.2. **Hans Peter Lindlar** (CDU), 55 J.
 26.2. **Peter Eichenseher** (GRÜNE), 47 J.
 26.2. **Marc Jan Eumann** (SPD), 35 J.
 26.2. **Hans Vorpeil** (SPD), 64 J.
 27.2. **Marie-Theres Ley** (CDU), 61 J.
 28.2. **Rolf Seel** (CDU), 48 J.
- 1.3. **Sylvia Löhrmann** (GRÜNE), 44 J.
 3.3. **Manfred Hemmer** (SPD), 64 J.
 3.3. **Rainer Lux** (CDU), 50 J.
 3.3. **Edith Müller** (GRÜNE), 52 J.
 4.3. **Joachim Schultz-Tornau** (FDP), 58 J.
 5.3. **Gisela Hinnemann** (CDU), 52 J.
 5.3. **Dr. Thomas Rommelspacher** (GRÜNE), 54 J.
 6.3. **Renate Drewke** (SPD), 49 J.
 6.3. **Klaus Kaiser** (CDU), 44 J.
 8.3. **Dr. Frank Freimuth** (SPD), 39 J.
 9.3. **Erwin Siekmann** (SPD), 65 J.
 10.3. **Fritz Kollorz** (CDU), 56 J.
 11.3. **Manfred Palmen** (CDU), 56 J.

★

Christa Cloppenburg, Hörfunkjournalistin, bleibt für ein weiteres Jahr Vorsitzende der Landespressekonferenz (LPK) Nordrhein-Westfalen. Die Redakteurin des Westdeutschen Rundfunks wurde am 12. Februar von der LPK-Mitgliederversammlung bestätigt. Zu weiteren Vorstandsmitgliedern wählen die Landtagsjournalisten Wilfried Goebels (Westfalenpost), Claus Haffert (dpa), Frank Uferkamp (Westdeutsche Zeitung) und Lothar Wittenberg (Radio NRW).

★

Gerda Kieninger (SPD), Landtagsabgeordnete, begeht am 21. Februar ihren 50. Geburtstag. Die Einzelhandelskauffrau aus Dortmund, 1951 in Castrop-Rauxel geboren, war nach Ausbildung von 1968 bis 1970 im Einzelhandel tätig und nach Erziehungspausen von 1973 bis 1978 selbstständige Kauffrau. Von 1988 bis 1995 arbeitete sie als Bürokräftin. Der SPD gehört Gerda Kieninger seit 1980 an. Sie ist Mitglied des Unterbezirksvorstands Dortmund der SPD und Mitglied des Bezirksvorstands Westliches Westfalen der SPD. Seit 1998 gehört sie dem Landesvorstand an. 1995 zog sie in den Landtag ein. Sie gehört als ordentliches Mitglied dem Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung an und ist Vorsitzende des Ausschusses für Frauenpolitik. Frau Kieninger ist verheiratet und hat zwei Kinder.

★

Rainer Lux (CDU), Landtagsabgeordneter, vollendet am 3. März sein 50. Lebensjahr. Geboren 1951 in Voßwinkel und heute in Bielefeld zu Hause, machte Rainer Lux 1970 Abitur, studierte von 1976 bis 1979 an der Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung NRW und schloss mit dem Diplom-Verwaltungswirt ab. Von 1976 bis 1995 war er bei der Kriminalpolizei Bielefeld tätig, zuletzt als Kriminalhauptkommissar. Der CDU gehört Rainer Lux seit 1969 an. Seit 1989 im Rat der Stadt Bielefeld, leitet er dort seit 1992 die CDU-Fraktion und seit 1999 den Finanz- und Personalausschuss. Dem Landtag gehört er seit 1995 an und ist ordentliches Mitglied im Rechtsausschuss. Rainer Lux ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Zwei Kinderprinzenpaare mit Gefolge

Das Ratinger Kinderprinzenpaar ist auf Initiative des SPD-Abgeordneten Dr. Hans Kraft wie in den Vorjahren wieder in den Landtag eingezogen. Christine I. und Dominique I., beide zwölf Jahre alt, (Bild oben) kamen mit einem 30-köpfigen Gefolge. Der Ratinger Kinderkarneval ist vor 25 Jahren im nahe gelegenen Lintorf entstanden. Dort findet auch alljährlich mit großem Erfolg der Kinderkarnevalszug am Karnevalssonntag statt. Unterstützung findet RaKiKa beim Ratinger Jugendamt, weil die Kinder und Jugendlichen so aktiv in die Brauchtumspflege einbezogen werden. Im Landtag wurden das Kinderprinzenpaar und seine närrische Begleitung von Hans Kraft und seinem CDU-Kollegen Dr. Wilhelm Droste, beide sind Ratinger Abgeordnete, durch das Haus geführt. Der Empfang erfolgte durch Landtagspräsident Ulrich Schmidt. Im Restaurant gab es einen Imbiss. — Aus Alsdorf haben auf Vermittlung des SPD-Abgeordneten Hans Vorpeil Kinderprinz Timo I. mit seiner Prinzessin Isabell (Bild unten) samt Eltern und dem Präsidenten Toni Baumanns und dem Vizepräsidenten Josef Zentis vom Festkomitee Alsdorfer Karneval Landtagspräsident Ulrich Schmidt ihre Aufwartung gemacht. Prinz und Prinzessin sind beide neun Jahre alt. Beim Alsdorfer Kinderkarneval gibt es wie in den Jahren zuvor wieder ein Motto. Es lautet „Zirkus spielen wir im Karneval“. So ist auch ein Singspiel überschrieben, das von einer Gruppe Neun- bis Elfjähriger bei allen Veranstaltungen des Kinderkarnevals aufgeführt wird. Wie in Lintorf auch im Alsdorfer Stadtteil Busch am Sonntag, 18. Februar, ein Umzug der Kinderkarnevalisten, ihres Gefolges und vieler Erwachsener als Zuschauer.

Fotos: Schälte

